

Lübeker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926]

Der „Lübeker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Lohsestraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich 1.00, monatlich 35 Pfg. — Postkontonummer Nr. 4099, letzter Nachzug.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierteljährliche Beilage oder deren Raum 25 Pfg., für Veranmeldungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg.; auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 212.

Freitag den 9. September 1904.

11. Jahrg.

Siehe eine Beilage.

Rußland und Japan.

Der Rückzug der Russen nach Mukden und darüber hinaus wird unter heftigen Nachhutgefechten mit der auf den Fersen sitzenden Armee Kuroki fortgesetzt. Wie die Blätter in Tokio melden, nahm Kuroki nach äußerst heftigem Kampfe die Stellungen, dieuropatkins Rückzugslinie beherrschend, 15 Kilometer südöstlich von Mukden. Die Russen mußten dabei einen großen Teil ihrer Artillerie in den schlammigen Wegen zurücklassen; ihr Rückzug erfolgte allmählich in eine Flucht aus. Daß der Rückzug der Russen überhaupt möglich war, erklärt sich nach einer weiteren Drahtung aus Tokio nur daraus, daß Kuroki bei Jantai auf einen so hartnäckigen Widerstand seitens der Russen stieß, daß er ihn erst nach vierstündigem Kampfe brechen konnte. Nach Depeschen, die in London eingetroffen sind, wurde Mittwoch nachmittag um 5 Uhr im Bureau des Generalstabes zu St. Petersburg erklärt, daß von Europatkin keine neuen Meldungen vorlägen; das führte zu der Vermutung, es sei ein Teil des auf dem Rückzug begriffenen russischen Nachtrabes isoliert worden. Hiermit stimmt folgende weitere Meldung Londoner Blätter aus Mukden überein, daß Teile der russischen Armee, die auf der Bahnstraße nach Mukden gehen, in Gefahr stehen, abgegeschnitten zu werden. Während des ganzen 5. September bewarfen die Japaner von den Hügeln östlich der Straße die russischen Kolonnen mit Granaten. Einmal griff auch ihre Infanterie die starke russische Abteilung an, und die russische Artillerie ging auf die Hügel, wo sie parallel mit den Japanern marschierte und die Flanke der retirierenden Armee beschützte. Truppen, Geschütze und Train strömten nach Mukden hinein, der Bahn sowohl wie auf der Landstraße. Ein erheblicher Teil des Trains mußte zurückgelassen werden, da die Straßen sich infolge des starken Regens in furchtbarem Zustande befinden. Die russische Hauptarmee räumte Mukden und geht nordwärts zurück. Inzwischen werden natürlich die drei japanischen Heere sich bei Mukden vereinigt haben, und wenn sie überhaupt weiter nordwärts gehen sollten, werden die Trümmer des europatkinschen Heeres und die Garnisonen von Mukden und Wladiwostok den Siegesmarsch der Japaner nicht aufhalten können. Für dieses Jahr ist für Rußland der Selbstzug zu Ende, d. h. es wird noch eine Reihe von Enttäuschungen erleben und kann das Blatt nicht mehr wenden.

Ueber die letzten Kämpfe liegt jetzt auch ein ausführlicher Bericht des japanischen Oberbefehlshabers Marschall Oyama vor. Er gibt einen Ueberblick besonders über die zehntägigen Kämpfe vom 24. August bis 4. September. Es heißt in dem Bericht: Ein Teil der russischen Truppen hält Jungschiu im Süden von Jantai immer noch besetzt. Kuroki's Streitkräfte stehen in enger Fühlung mit dem Feinde. Der linke Flügel und das Centrum der Japaner haben auf dem linken Ufer des Taisi-Flusses Halt gemacht. Er, Oyama, beabsichtigt, einen Teil dieser Truppen zur Besetzung der südlich von Machang gelegenen Höhen zu entsenden, und längs der Eisenbahn vorzurücken. Europatkin hat alle Brücken, auch die Eisenbahnbrücke über den Taisi, verbrannt. Ueber die Verluste der Japaner seit dem 25. August, so heißt es in dem Berichte weiter, können keine genauen Zahlenangaben gemacht werden, da sie noch nicht festgestellt sind. Sie dürften aber schwer sein. Von genommenen russischen Geschützen wird von Oyama nichts berichtet. Es ist jedoch schon bekannt, daß 16 10-Zentimeter-Geschütze bei Arping und Antschantzen erbeutet sind. Die Truppen, sagt Oyama weiter, sind in vorzüglicher Stimmung, trotzdem sie zehn Tage hindurch beständige, mit vielen Opfern verbundene Angriffe gegen den Feind zu machen hatten, der Besetzungswerke bezieht hielt, die fast permanent waren. Europatkin erhielt bis zum 30. August fortwährend Verstärkungen, und verfügte schließlich mindestens über zwölf volle Divisionen. Seine Verluste sind nicht bekannt.

Der Kaiser von Japan richtete, wie Reuters Bureau aus Tokio sich melden läßt, an die Armee eine Botschaft, worin er sie zu dem glänzenden Siege beglückwünscht, der angesichts der furchtbaren Schwierigkeiten errungen sei. Das Ende des Krieges liege noch in weiter Ferne. Die Truppen sollten fortfahren, geduldig die Mühen zu tragen. Die Bevölkerung von Tokio feiert immer noch den Sieg von Machang. Man beschäftigt sich aber sehr mit den Bewegungen Kuroki's seit Sonntag. Es heißt, die Japaner erbeuteten trotz des verheerenden Feuers in Gaojang außerordentlich große Massen an Vorräten und Munition. — Unter den bei Gaojang gefallenen japanischen Offizieren befindet sich Leutnant Teratschi, ein Sohn des Kriegeministers, und die Leutnants Futschiwa und Kuroki,

Söhne der Generale gleichen Namens. Wie stolz die Japaner darauf sind, wenn ihre Angehörigen im Kampfe für das Vaterland fielen, geht wohl daraus hervor, daß die Väter der oben erwähnten gefallenen Leutnants, der Kriegeminister Teratschi und der General Futschiwa, statt Trauer anzulegen, ein Bankett zur Feier des Sieges veranstalteten.

In Ichifu wurde Dienstagabend Geschützbonner aus der Richtung von Port Arthur vernommen. Zwei chinesische Dolmetscher, die zu der Umgebung Stößels gehörten, wurden, der eine in Schußwund, der andere in Paltschwang, von den Japanern als Spione festgenommen und hingerichtet. Der Preis des Mehl's in Port Arthur ist angeblich von 10 Rubel auf 4 Rubel gefallen, da dieser Tage ein großer Dampfer mit einer Ladung Lebensmittel, hauptsächlich Mehl, dort eingetroffen ist. — Auf der russischen Flotte, so weit sie noch in Port Arthur vorhanden ist, hat sich abermals ein Wechsel im Kommando vollzogen. Der Kapitän Birén, Kommandant der „Bajan“ ist an Stelle des Admirals Nchomski zum Kommandanten des Geschwaders in Port Arthur ernannt worden.

Die Insel Sachalin haben die Japaner neuerdings erstlich aufs Korn genommen. Ein Telegramm Japans an den Zaren vom 6. September meldet: „Heute früh näherten sich zwei feindliche Kriegsschiffe Korjatowki (auf Sachalin) auf ungefähr 7 Meilen. Um 10 Uhr 20 Minuten sahen zwei Dampfschiffe zum gesunkenen Kreuzer „Nowik“. Unsere Truppen eröffneten ein Feuer gegen die Kutter, worauf diese sich auf ihre Schiffe zurückzogen.“

Am 6. September trafen acht japanische Truppentransporte in Niutschwang ein, die sofort mit der Bahn nach Gaojang weitergingen.

Nur ein schwacher Rest für die russischen Niederlagen ist die von der „Russ. Telegraphen-Agentur“ gebrachte Meldung, daß am Dienstag in Wensa der erste Zug japanischer Kriegsgefangener eingetroffen ist, 256 Matrosen und 68 Offiziere (darunter 4 Engländer) von den durch das Wladiwostok Geschwader in Grund gebohrten Transportschiffen. Die Gefangenen wurden am Mittwoch nach Niasshi (Gouv. Njān) gebracht.

Der englische Kreuzer „Farte“ fand die beiden russischen Hilfskreuzer „Ural“ und „Smolensk“ in der Nähe von Sansibar innerhalb der Dreimeilengrenze und überbrachte ihnen die Befehle des Zaren Nikolaus. Die Schiffe dampften sofort ab, indem sie mitteilten, sie wollten unverzüglich nach Europa gehen.

Eine internationale Konferenz wird, wie der „Temps“ meldet, demnächst auf Betreiben der französischen Regierung in Haag zusammentreten, um die Frage der Hospital-Schiffe, die in dem russisch-japanischen Kriege so stark hervorgetreten ist, zu erörtern und internationale Bestimmungen bezüglich des Schutzes dieser Fahrzeuge zu treffen.

Aus Tokio (Washington) wird gemeldet, daß die vorigen Exporteure die Mitteilung erhielten, von W. H. L., das nach japanischen Häfen gebracht werde, werde ein Kriegszoll von 10 Cents für den Sack erhoben.

Wichtige Nachrichten.

Deutschland.

Eine Stöckergründung. Die trübselige Voraussage des Freiherrn von Manteuffel, es werde den staats-erhaltenden Parteien im Kampfe mit den geistigen Waffen genau so ergehen, wie den Russen in der Wandschurkel, hat die neuen Sozialisten veranlaßt, am 6. September wurde in Berlin die erste Probenummer des angekündigten „nationalen Volksblatts“ „Das Reich“ ausgeben; neben der „Post“ und den „Berliner Neuesten Nachrichten“ will sich dieses Blatt, dessen Kopf der Preussenaar und das Kreuz schmücken, vom 1. Oktober ab mit der Sozialistenvernichtung täglich beschäftigen. „Das Reich“ kündigt an, daß es „eine Zeitung für das arbeitende Volk im weitesten Sinne des Wortes“ sein wolle. Von scharfsinnigeren Erwägungen wird es aber bis auf weiteres die eigene Vorsicht zurückhalten müssen. Ihr Rezept kann nicht so einfach sein, wie das der beiden sozialisten-tendenzen Unternehmernblätter, die im Grunde genommen gegen die Sozialdemokraten nur mit derselben Argumentation arbeiten, wie der seltsame Doktor Martin Luther gegen die rebellischen Bauern: „Man soll sie zerschneiden, erstechen, erwürgen.“ Das nationale Volksblatt muß es mit dem Vergiften versuchen; seine Methode ist also erheblich komplizierter. So wird von der Sozialdemokratie erklärt: „War ihr Entstehen auch eine verdiente Strafe für viele Anechte des Mammons, so ist sie doch heute der schlimmste Hemmschuh praktischer Sozialreform.“ Die „Reichsmutter“ empfinden ein christliches Gebarmen für die „Anechte des Mammons“ und bemühen sich, die „verdiente

Gelbe“ beiseite zu schaffen. Darum die bewußt lügenhafte Behauptung, daß die Sozialdemokratie ein Hemmschuh praktischer Sozialreform sei. Die „Gelbe“, die einst vorwärts-trieb, soll sich „heute“ in einen „Hemmschuh“ verwandelt haben, der aufhält. Wer glaubt das neue Wunder? Was versteht das „Reich“ aber unter praktischer Sozialreform? „Staatlich anerkannte Interessenvertretung des Arbeiter- und Gehilfenstandes“, „tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses“, „maßvolle Schutzpolitik“. Das sind die einzigen greifbaren Borden, die sich aus der Programmsuppe dieser „praktischen Sozialreform“ mit Mühe und Not herausfischen lassen. Schlimm genug, wenn für diesen langlamen Karren gar noch die Sozialdemokratie ein „Hemmschuh“ sein soll! Und noch schlimmer für die deutsche Arbeiterklasse, wenn die Sozialdemokratie für die „maßvolle“ Schutzpolitik der Agrarier und Partellmagnaten kein Hemmschuh wäre. Wenn Brotwucher praktische Sozialreform genannt wird, dann freilich muß sich die Sozialdemokratie mit Stolz als eine Gegnerin dieser christlich-sozialen Praxis erklären. Wenn nicht alles trügt, wird Herrn Stöckers „Reich“ nicht lange „von dieser Welt“ sein.

Wie gesunken wird, um die klaffenbewußte Arbeiterschaft in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, lehrt wieder einmal folgender Fall: In der bürgerlichen Presse, z. B. den öffen ehtlichen „Lüb. Anz.“, war gestern diese Drahtung zu lesen:

Quedlinburg, 7. Sept. Ausständige Bauarbeiter brachen nach einer Tanzfestlichkeit in den Schlafraum der italienischen Erbküche und mißhandelten sie. Zwei Italiener sind tot, fünf verwundet; ein einheimischer Maurer wurde verletzt.

In Wahrheit verhält sich die Angelegenheit nach den Angaben unseres Magdeburger Parteiorgans folgendermaßen: Eine blätige Revotte spielte sich am Sonnabend, 3. September, in Quedlinburg im Restaurant Bätzke, wo die italienischen Arbeitswilligen von den Bauunternehmern untergebracht sind, ab. Die patriotischen Arbeiter (andere beschäftigt er überhaupt nicht!) des Millionärs Dippe, der keine Organisation unter seinen Arbeitern duldet, leitete in demselben Lokal ein Ballvergnügen. Das muntere Treiben der Teilnehmer und die schönen Töne der Musik hatten auch die Arbeitswilligen aus ihrer Zelle hervorgeleitet. Mit diesen Elementen wollten aber selbst die lammfrommen Dippeschen Arbeiter nichts gemein haben: Es kam zu einem Streit, wobei einer der Italiener den Angriff damit eröffnete, daß er nach einem Ballteilnehmer mit einem Stuhle warf. Der Kampf begann. Die Italiener waren sofort mit Dolchen und Degen, die eigenlich gegen die Streikenden benutzt werden sollten, auf dem Kampffeld. Einer der Ballteilnehmer bekam einen Stich in den Rücken, während zwei andere Italiener lebensgefährlich verwundet und im Kranzhaus aufgenommen wurden. Dem Italiener wurden Tische, Stühle, Fenster und Türen, sogar die Betten der Italiener demoliert. Die Fensterladen des Restaurants waren am Sonntagmorgen um 2 Uhr noch verschlossen. Ganz Quedlinburg ist in Aufruhr. Die Streikbrecher werden verhaftet und verwundet. Vier Mann sind sofort abgereist. Die Gewährsmänner der „Magdeb. Volksstimme“ bestätigen ausdrücklich, daß von den zur Zeit in Quedlinburg freitenden Arbeitern kein einziger an der Schlägerei beteiligt war. Die beteiligten Arbeiter haben, da die Firma „Verhändler“ und Sozialdemokraten nicht duldet, von Partei oder Gewerkschaft keine Hilfe zu erwarten. Sämtliche Arbeiter sind humanitärlich gesamt und ebenso arbeitserfährlich wie die Unternehmer selbst. Das dürfte genügen, um die frivole Maximation der Ordnungspresse, den Streikenden die Schuld an der Revotte in die Schuhe zu schieben, zu kennzeichnen.

Freiherr v. Hammerstein und sein Erbe. Wie die „Staatsbürgerzeitg.“, das berufstätige Berliner Antikontinentalblatt, von angeblich gut unterrichteter Seite erfahren haben will, bestätigt es sich, daß Minister v. Hammerstein demnächst aus seinem Amte scheiden werde. Sein Entlassungsgesuch liegt dem Kaiser seit längerer Zeit vor, an seiner Annahme sei nicht mehr zu zweifeln, doch sei die Frage seines Nachfolgers noch nicht entschieden. In erster Linie komme Oberpräsident Dr. Wenzel in Hannover in Frage, Norderny über die Gehalts des Herrn v. Hammerstein verhandelt. Dr. Wenzel habe den Reichskanzler jedoch gebeten, von seiner Person Abstand zu nehmen, da er lieber in Hannover bleiben möchte. Ob dieser Verzicht jedoch ein endgültiger sei, dürfte einigermaßen angezweifelt werden, da der Kaiser die Ernennung Dr. Wenzels, der mit dem Agrarministerialismus nicht ver-sippt sei, ausdrücklich wünsche. — Von anderer Seite verlautet übrigens, daß Wenzel als Nachfolger des Kultusminister Studt ausserhalb sei. Nun, warten wir in Ruhe ab, welchen Ministerposten Herr Wenzel schließlich erhält. Was läßt so wie so der ganze Ministerwechsel ziemlich schaupe.

Gewerbe- und Wohnungsaufsicht. Wie die „Nationalbl. Korrespondenz“ erfährt, ist nicht nur eine Ber-

mehrung der Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten in Preußen vorsehen; auch eine Erweiterung des Kreises ihrer Beschäftigung siehe zu erwarten. Insbesondere sollen die Gewerbeaufsichtsbeamten in Zukunft auch veranlaßt werden, ihre Aufmerksamkeit dem Wohnungswesen zuzuwenden und in ihren Berichten an die vorgelegte Behörde Mitteilungen über das Verhältnis zwischen Miete und Lohn-einkommen zu machen. — Diese Verzeitelung der Kräfte der Fabrikinspektoren können wir um so weniger billigen, als sie bisher nicht einmal imstande waren, die Gewerbebetriebe eingehend genug zu kontrollieren. Wepacht man sie nun noch mit der Wohnungsaufsicht, so steht zu befürchten, daß sowohl die Gewerbe- als auch die Wohnungsaufsicht darunter leiden. Was bringen wir nun, nachdem zuvor für eine genügende Gewerbeaufsicht gesorgt ist: Anstellung besonderer Wohnungsinpektoren. Nur dann wäre Ersprießliches in jeder Hinsicht zu erwarten.

Wallfisch dementiert sich. Als der neueste Sozialistenführer, der Berliner „Prediger“ Wallfisch, damit renommierte, daß ihm von Kraetze und Badde Portofreiheit sowie Eisenbahnfreiheit bewilligt worden seien, haben wir das sofort als Schwindel gekennzeichnet, weil die beiden Minister keine Berechtigung besitzen, aus freiem Ermessen eine solche Ausnahme zu bewilligen. Nun kommt auch noch die „Nordb. Allgem. Ztg.“ und erklärt im Auftrage des Herrn Kraetze, daß die Angaben des Wallfisch jeder Begründung entbehren. Wallfisch selbst aber läßt im „Vormärts“ erklären, wenn er geschrieben habe: „Wenngleich ich Portofreiheit bekommen“ so habe er damit nur sagen wollen: „Selbst wenn ich Portofreiheit bekäme.“ Wenngleich niemand Herrn Wallfisch diese faule Ausrede glauben wird, selbst wenn man ihn für noch so wenig gebildet hält, so kann man die Sache doch auf sich beruhen lassen. Ein schwindelhafter Sozialistenführer mehr — legt ihn zu den übrigen!

Schmoe weiß sofort alles. Ramm hat sich der Kronprinz mit der Herzogin Cecilie von Mecklenburg verlobt, — und schon weiß Schmoe aus reichende Geschichten aus dem bedeutungsvollen achtzehnjährigen Leben der jungen Dame zu erzählen. Daß es eine Liebesheirat, daß die Prinzessin ganz ungewöhnlich bedeutend, daß sie eine Schönheit, das versteht sich von selbst. Es geht, etwas neues zu haben, und Schmoe fand es: „die Prinzessin gilt uns Mecklenburgern als das Juwel des Landes.“ So läßt der Gschäpige einen „vornehmen Mecklenburger in hervorragender Stellung“ sich äußern. Und „dieses Juwel“ ist schon seit 1 1/2 Jahren mit dem deutschen Kronprinzen verlobt und selbst Schmoe hat es nicht gewagt. Doch jetzt läßt die feurige Liebe ein längeres Schweigen nicht mehr zu. Was will man noch mehr? Ueber ein halbes Hund von kaum 18 Jahren läßt sich sonst gar nichts im bürgerlichen Leben sagen, bei Prinzessinnen scheint das anders zu sein. Ob denn Schmoe nicht acht, wie widerlich er ist, wie läppisch. Und ob er nicht das helle Gelächter an sein „geringes Dyr“ mitunter schallen hört, in das die so von ihm Gesicherten ausbrechen, wenn sie seine Albernheiten lesen? Es scheint nicht der Fall zu sein!

Kolonialkandide und kein Ende. Der Südwestafrika-Kamerun; der „Allg. Ztg.“ in Chemnitz wird aus Duala unter dem 3. August geschrieben: „Die ganz unglaubliche Verbindung, die die kaiserlichen Behörden in Kamerun den Eingeborenen gegenüber anwenden, nimmt noch immer kein Ende. Jeder bekommt sogar gutgepaßte Kanjiken Prügeln für das Leben. Heute erhielten zwei beim kaiserlichen Bezirksamt Duala angelegte Kanjiken je 10 Hiebe. Die beiden hatten geringfügige Vergehen begangen, für die sonst Geldstrafen festgesetzt sind. Man hätte am ehesten das letztere erwarten sollen, als durch Anwendung der Prügelnstrafe ihr Ansinnen als Ungehörigkeit des Gouverneurs in den Augen der Eingeborenen unbedingt geschädigt werden mußte. Die Strafschläge, wiederholt ich, sind nicht so gemein, daß nur Prügelnstrafe zur Ehre hätte angewandt werden können. Einer der beiden Kanjiken soll, wie man hört, nach der Bestrafung seinen Dienst aufgegeben und dies freiwillig dem gegenwärtigen Bezirksamtman angezigt haben. Er kam im Sinn, sich nach Sura zu begeben, um bei dem flüchtigen Gouverneur über die grausame und rohe Behandlung des Bezirksamts Duala Beschwerde zu führen; er wurde jedoch, bevor er sein Verlangen noch äußern konnte, vom Bezirksamt inhaftiert und darauf zu zwei Wochen Kettenshaft und weiteren fünf und zwanzig Hieben verurteilt. Ich will nicht unterleben, anzusehen, daß es das Ehrenwort ist, daß Sura, die mit kaiserlichen Prügelnstrafen bedacht wurden. Immer erhoffen. Warum werden die Prügelnstrafen in den deutschen Kolonien nicht abgesetzt? Die Eingeborenen in Duala klagen ununterbrochen darüber. In vergangenen Jahre und solange dieses Jahres sind mehrere Eingeborene, die die rohe Behandlung nicht mehr ertragen, in englische Kolonien gegangen.“ Das ist nun aber nicht verstanden. Was ist es in Kamerun ebenfalls in einem Kolonien kommen sollte, so würde das deutsche Volk seine Millionen zu diesen Niederwertigkeiten geben müssen. Die zu demselben Kolonialpolitik muß mit aller Entschiedenheit beseitigt werden.

Der projektierende Kronprinz. Der heimliche Kronprinz hat eine Menge beim Reichsamt Reichsausschuss gegen den Reichsausschuss in Ostpreußen Steuerbefreiung seines Vaters Schatzguts ergriffen. Der Reichsausschuss ist auf den 15. September angelegt. — Steuerbefreiung ist unannehmlich, nicht nur für den Kronprinzen, sondern auch für ganzliche Beamte. Aber diese müssen sie wohl oder übel ertragen.

Ein Samaritaner „arrondiert“ sich. Das in den letzten Jahren 1150 Witer hoch gelegene Dorfchen Gerbersheim mit etwa 70 Einwohnern in 11 Häusern ist in Folge der letzten Jahre ganz in den Besitz des Samaritaner Freiherrn von Geyl zu Gerbersheim, übergegangen. Die kaiserliche Regierung, deren die Sache überhaupt nur ein kleineres Ansehen verdient, wendet sich auch und nach mit. Die Geyl'schen sind noch benachteiligt und aber nur noch des Reichthums und die Freiheit. Zu Abwendung hat der Geyl'sche nun noch Reichthum der Staatsmacht ergriffen. Der Geyl'sche hat aber seine unglückliche Entscheidung nicht zu ändern. Freiherrlich Geyl zu Gerbersheim'schen Familien-Gebietes mit Gerbersheim'schen „arrondiert“ werden. Die unglückliche Entscheidung ist dem Reichsausschuss nachzugehen. Die unglückliche Entscheidung ist dem Reichsausschuss nachzugehen. Die unglückliche Entscheidung ist dem Reichsausschuss nachzugehen.

Der Krieg in Ostasien und die deutsche Industrie. Große Kriegsaufträge für Rußland und Japan sind deutschen Fabrikanten erteilt worden. So hat, wie der „Consolidator“ mitteilt, die russische Regierung 100 000 Zelle bei der Firma Stromeyer u. Co. in Konstanz bestellt. Die japanische Regierung hat 100 000 Gummitragen bei der Continental Kaufhaus-Kompagnie in Hannover im Auftrag gegeben. Die Schuhfabrik Emil Blasig in Weissenfels hat eine große Orde auf Stiefel für russische Soldaten erhalten. Von einer süddeutschen Typographie ca. 20 000 Duzend Paar 3 Hemwärmer für die russische Armee geliefert worden; wegen Lieferung von Schindelmützen für das russische Heer schweben mit derselben Firma noch Unterhandlungen.

Militärjustiz. Daß eine schnelle Revision des Militär-Strafgesetzbuches unabwendbar ist, ergab auch eine Verhandlung, die vor dem Kriegsgericht der 8. Division in Halle a. S. gegen den Hauptleutnant Richard Zacharias von der Unteroffizierschule in Trepow a. d. R. stattfand. Der jetzt knapp 19jährige junge Mensch, Sohn eines armen Bergmanns in Bernburg, war mit dem 15. Jahre als Unteroffizierskandidat mit Luß und Lebe in den Militärdienst eingetreten. Er führte sich gut, und ließ sich auch im Interesse des Diensts im Juli v. J. eine Beise des rechten Fußes, die ihn am Marschieren hinderte, abnehmen. Durch die auf Anraten der Aerzte befehligte Beise wurde Zacharias aber noch mehr am Marschieren behindert; der Dienst in der Front fiel ihm sehr schwer, und er befürchtete, als untauglich vom Militärdienst entlassen zu werden. Er meldete sich nunmehr zum Bezirkskommando als Schriftf. und beschloß in seiner Unabständigkeit, um so früher dort Unterkommen zu finden, sich den linken Fuß auch noch zu verstimmen. Am Abend des 22. Februar nahm er eine Pflanzkrone, die er sich von den Schießübungen heimlich aufbewahrt hatte, und jagte sich beim Rückgehen des Gewehrs einen Schuß durch den linken Fuß. Man entdeckte sofort, daß Selbstverletzung vorlag; der junge Mensch hatte furchtbare Schmerzen auszuhalten, brachte 16 Wochen im Lazarett zu und ist als gänzlich untauglich entlassen worden. Der Angeklagte ist ein Klumpfuß, und es besteht die Gefahr, daß der linke Fuß noch amputiert werden muß. Der Ankläger beantragte die niedrigst zulässige Strafe 1 Jahr 3 Monate 1 Tag Gefängnis. Der Verteidiger regte ein Gnaden-gesuch an. Das Gericht ging darauf nicht ein, sondern verurteilte den Angeklagten nach Antrag und Beschluß auch noch die sofortige Verhaftung des „Fuchsbewährigen“, trotz seiner verstimmenen Füße.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde von der Preussischen Kammer in Dortmund der Mauerer L. aus Wambelholz zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Kleine politische Nachrichten. Der Handelsvertrag zwischen Deutschland und Rumänien soll, wie von angeblich unrichtiger Seite verlautet, in Folge der Schwierigkeiten in der Veterinärfrage nicht vor dem Abschluß des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn abgeschlossen werden. Diese Entschädigung Deutschlands soll auf ein Einverständnis mit Oesterreich-Ungarn zurückzuführen sein. — Einen neuen Fall der Nichtbestätigung eines Gemeindevorstehers berichtet eine Berliner Lokalcorrespondenz. In dem durch seine Topferindustrie bekannten Orte Welten ist vor einiger Zeit Dr. Knappe zum Gemeindevorsteher gewählt worden. Ihm ist aber die Bestätigung verweigert worden. Welche Gründe dafür maßgebend waren, ist nicht bekannt. — Der gorbaische Speziallandtag wurde Mittwoch eröffnet. Die Staatsregierung reichte Protest ein gegen die Wahl des sozialdemokratischen Abgeordneten Bod. — Von den in der Provinz Sachsen beschäftigten zahlreichen russischen Arbeitern, sog. Sachlingägern, haben in den letzten Tagen viele, die in der Heimat als Soldaten gedient haben, Befehl zur Rückkehr nach Rußland und Meldung bei ihren Truppenführern erhalten. — Die Familie des Grafen Winkler hat den Grafen Johann Winkler, durch dessen Vermittlung das polnische Gut Modliczewo in den Besitz der preussischen Anstaltungskommission übergegangen ist, als „erlos erklärt“ und ihn aus dem Familienverbande ausgeschlossen. — Die Korpsmänner des 16. preussischen Armeekorps, welche vom 19. bis 21. September um Diederhofen stationiert waren, fallen wegen herrschenden Wasser-mangels aus. — Ähnlich wird gemeldet: Nach einem Telegramm des deutschen Botschafts in Las Palmas ist der Ritter Heinrich Cherau, geboren am 21. Februar 1853 zu Wallersdorf, am 5. September auf der Rückreise von Südwestafrika in Las Palmas an Lungenerkrankung gestorben. — Der ehemalige Präsident des Orange-Freistaats, Steijn, hat Dienstagmorgen Berlin mit seiner Familie verlassen und hat sich nach Utrecht begeben, von wo er der Staatsbürger „aufgelöst“ über London nach Blumfontein zurückkehrt, um dort die Krone als Rechtsanwalt wieder aufzunehmen. — Wegen Beleidigung des Reiches nach § 166 des Strafgesetzbuches wurde der Konsulatssekretär der Deutschen Freien Mission, Friedrich Neumann in Magdeburg angeklagt. Die Beleidigung wurde in einer bildlichen Darstellung in der Schrift des Angeklagten „Die Reine in Menschengeschicht oder der Antichrist“ gefunden. Die Druckschrift wurde beschlagnahmt. — Wegen Beleidigung der Heiligen Maria wurde der verheiratete Kaiser-Gambler in Kaufbeuren vom Landgericht Kempten zu einer Woche Gefängnis verurteilt. — Die Spioniererei in Italien nimmt überhand. Die italienische Grenzpolizei verhaftete neuerdings bei Vigon den österreichischen Leutnant Hauptmann v. Svob aus Wien, der nach Bienna gebracht wurde. — Dem New York Herald wird aus Buenos Aires gemeldet: Zwischen den Truppen aus Uruguay und den Rebellen fand eine dreitägige Schlacht statt, in der angeblich 2600 Mann getödtet und 4000 Mann verwundet wurden.

Rußland. Ein neues Drama in Sibirien. Das „Russen Nachrichten des Bundes“ entnimmt die „Allg. Ztg.“ folgende Erzählung über das weitere Schicksal einer Verbanntenabteilung, die, wie i. H. von aus gemeldet, von dem beglückten Offizier so viel zu leiden hatte und wobei schließlich der Offizier und einer der Verbannten namens Schatz getödtet wurden. Am 4. Juli kam die Abteilung in Jakutsk an. Dort wurde sie von einer großen Anzahl Verbannter, die aus

den verschiedenen Verbannungsorten ohne Erlaubnis zusammen gekommen waren, um gegen die rohe Behandlung ihrer Genossen während des Transportes zu protestieren, demonstrierend empfangen. Sämtliche Demonstranten hatten sich, so gut es ging, bewaffnet und entrollten eine schwarze Fahne mit der Aufschrift: „Ewiges Andenken den Jurie Matlachow und Pawel Schah!“ und eine rote mit der Aufschrift: „Nieder mit der Alleinherrschaft! Nieder mit den Erlässen des Autchhoff!“ Dabei sangen sie revolutionäre Lieder. Die Soldatenabteilung und Polizisten, die zur Stelle waren, griffen die Demonstranten an und waren besonders bestrebt, ihnen die Fahnen zu entreißen. Als sie aber bemerkten, daß die Verbannten zum energischen Widerstand bereit waren und es allenfalls zum blutigen Zusammenstoß kommen könnte, ließen sie von ihrem Vorhaben ab. Der Gouverneur kam herbei und nahm die Forderungen der Demonstranten entgegen. Diese erklärten, daß sie gegen die Mißhandlung ihrer Genossen während des Transportes protestieren und so lange nicht auseinandergehen würden, bis die Verbanntenabteilung freigegeben werde, um sich mit ihnen in die Stadt zu begeben, die Fahnen aber würden sie verteidigen. Der Gouverneur war ersichtsvoll genug, diese Forderungen zu erfüllen. Nach der Verbannung in Sibirien, der unterwegs den Offizier erschossen hatte, wurde als Gefangener fortgeführt. Die Demonstranten verabschiedeten sich von Minsk, gaben den Genossen Libermann, der während des Transportes durch einen Bojoneitisch schwer verwundet worden war, im Krankenhaus ab und zogen dann gemeinsam mit den neu angekommenen Verbannten in die Stadt. Die Leiche des Genossen Schatz wurde, bevor noch die Abteilung Jakutsk erreicht, in Oleskinsk beerdigt. Hinter seinem Sarge gingen die Verbannten dieser Gegend, 25 an der Zahl. Sie sangen revolutionäre Lieder und trugen eine rote Standarte mit der Aufschrift: „Nieder mit der Alleinherrschaft!“

Des Zaren Gnade für Senator Schaumann. Die Gradenjonne des Zaren, die mit der Geburt seines Sohnes über so viele Genbe aufgegangen ist, hat auch einer ihrer allzu schwachen Strahlen auf den Senator und General Schaumann geworfen, der noch immer in der Peter Paulskirche sitzt, um das Verbrechen zu sühnen, daß er der Vater des Mörders des Generalgouverneurs Wobrisow ist. Die „Gnade“ aber, die ihm versprochen, beleuchtet nur das Verbrechen, das die russische Despotie an dem völlig unbescholtenen alien Mann begeht. Sie sieht so aus: 1. Anstatt der Stelle mit der Holzbank erhält der Gefangene eine Stelle mit einem Stuhl. 2. Anstatt daß er einmal des Tages einen Rundgang durch den Gefängnishof machen darf, soll ihm dies zweimal gestattet werden. 3. Wird ihm erlaubt — zur Abwechslung mit der üblichen Gefängnis-Rohlsuppe — sich dann und wann Essen von außen bringen zu lassen. 4. Wird ihm erlaubt, den Besuch seiner Frau statt einmal zweimal wöchentlich zu empfangen, doch immer nur im Beschein eines Beamten.

Blaschew's Nachfolger. Während das Berliner Scherblatt sich noch drahten läßt, daß Fürst Swiatopoll-Mirskii, der Generalgouverneur von Wilna, zum russischen Minister des Innern ernannt werden soll, weiß der Pariser „Matin“ aus angeblich Petersburger offiziöser Quelle zu berichten, daß die Ernennung des Mitglieds des Staatsrats, Blatonow, zum Nachfolger Blaschew's bereits unterzeichnet worden sei. Demnach scheint sich der Zar über den Nachfolger Blaschew's noch immer nicht ganz im Klaren zu sein.

Die Stimmung in Polen. Aus guter Quelle wird der Petersburger Korrespondent der „Morningpost“ erfahren haben, daß General Tschetkow bei seiner jüngsten Audienz beim Zaren diesem einen Bericht vorlegte, der sich in äußerst pessimistischer, um nicht zu sagen beunruhigender Weise über die unter der Bevölkerung russisch-Polens herrschende Stimmung äußerte.

Oesterreich-Ungarn. Ungarische Justiz. Die Budapest Genossen Rozs und Stem waren aus dem Gebiete der Hauptstadt ausgewiesen worden, weil sie von der Gallerie des Parlamentes Flugblätter in den Sitzungssaal schleuderten, welche Herrn Tiska nicht gefielen. Gegen den Erstgenannten ist jetzt die Ausweisung zurückgezogen; der Oberstidhauptmann Schein erkannt zu haben, daß die Maßnahme ungesetzlich ist. — Der Vorstand des ungarischen Buchdruckerverbandes und der Redakteur seines Organs wurden wegen verbotenen Sammelns zu je 100 Kronen verurteilt.

Unternehmensschutz. Aus Budapest lassen sich bürgerliche Blätter melden: Mit Rücksicht auf die zahlreichen Streiks in Ungarn will der Handelsminister Hieronymus zum Schutze der Industrie (soll natürlich heißen der Unternehmung) Red. d. U. W.) ein besonderes Streikgesetz schaffen, zu welchem Zweck er sich mit dem Minister des Innern und dem Justizminister in Verbindung setzte.

Die Ausperrung der Bauarbeiter in Budapest. hat derzeit etwa 10000 Arbeiter brotlos gemacht. Neuerlich haben sich fünf Unternehmer vom Karall losgesagt. Falls nicht in den nächsten Tagen eine Einigung erzielt wird, werden auch alle Arbeiter der mit dem Bauwesen verbundenen Branchen die Arbeit einstellen müssen. — In Kaschau sind Dienstag 900 Bauarbeiter in der Arbeit und getreten.

Frankreich. Der Kampf um Marseille. Die Situation in Marseille wird immer drohender. Die Zahl derjenigen Arbeiter, welche direkt oder indirekt von der Ausperrung betroffen sind, wächst immer mehr und dürfte zur Zeit gegen 50 000 betragen. Durch das Fehlen der Hafenarbeiter, durch das vollständige Stocken des Schiffsverkehrs mangelt es an Kohle und Rohmaterialien für die Industrie, so daß immer weitere Kreise in den Kampf mit hineingezogen werden. Es wird immer mehr klar, daß die Unternehmer durch den gegenwärtigen Kampf, den sie allein verschuldet, weitgehende Ziele verfolgen. Durch die Mißbilligung und schweren Schädigungen, welche die Konflikte im Schiffsverkehrs für Industrie und Handel im Gefolge haben, wollen sie die öffentliche Meinung beeinflussen und die Regierung dahin drängen, das Gesetz von 1898 so zu interpretieren, daß den Seeleuten Streiks gänzlich verboten werden. Das Gesetz von 1898 so sagt der „Temps“, ist nach dem Gesetz von 1884 geschaffen (das G-)

jetz von 1884 brachte den Arbeitern die Koalitionsfreiheit, es unterlag den Seelenten das Schiff zu verlassen, auf dem sie beschäftigt sind. Das Gesetz in diesem Sinne ausgelegt, würde den Matrosen das Koalitionsrecht nehmen, sie also außerhalb des Gesetzes stellen, während das Gesetz von 1898 in Wirklichkeit nur der Meuterei auf offener See vorbeugen will. Nach der Meinung des „Temps“ und der übrigen kapitalistischen Blätter, macht sich nun die Regierung einer großen Pflichtverletzung schuldig und schädigt so durch die Verlängerung des Konflikts die Industrie, den Handel und die Schiffsverkehrsinteressen des Landes. Ginge es nach den Wünschen der Arbeiter von Marseille, so müßte die Regierung alle Seelente und Hafenarbeiter verhaften und zwangsweise zur Arbeit führen. Dabei handelt es sich gar nicht um einen Streik, sondern es sind die Unternehmer, welche eine Absperrung ins Werk gesetzt haben. Nach einem Auspruch der Schiffsfahrtsvereine gegenüber dem als Vermittler auftretenden Präsidenten der Handelskammer haben sie „die ständigen Differenzen mit dem Arbeitersyndikat seit“ und möchten nur ganze Arbeit machen, d. h. die Arbeiterschaft vollständig knebeln.

Mit dem großen wirtschaftlichen Kampfe ist noch ein zweiter Zweck verbunden, ein politischer. „Die Schiffsahrt und der Handel ist in der sozialen Anarchie, welche das Ministerium Combes-Billan um sich verbreitet, nicht lebensfähig und kann sich nicht entwickeln.“ — So äußerte sich ein Redner gegenüber einem Journalisten. Also fort mit dem Ministerium! — Das ist das Ziel des Groß-Unternehmertums. Wie sie im Lande ein reaktionäres Ministerium herbeiwünschen, so wollen sie auch auf dem Rathhause in Marseille herrschen und es ist bekannt, welche Anstrengungen und schwindelhafteste Manöver bei den letzten Wahlen gemacht wurden, um die sozialistische Kommunalverwaltung durch eine reaktionäre zu ersetzen. Die Vermittlungskation des Handelskammerpräsidenten L. Mez dürfte kaum einen Erfolg haben. Die Unternehmer scheinen die Arbeiter nur hinhaken zu wollen, um sie auszuhungern. Sie verwerfen sämtliche Vorschläge der Arbeiter und wollen die Organisation in keiner Weise mehr anerkennen; sie verlangen absolute Freiheit bezüglich der Einstellung von Arbeitkräften. Außerdem soll die Organisation der Arbeiter mit einer Garantie von 100 000 Fr. für die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft bürden. Nur auf dieser Basis wollen sie weiter verhandeln. Diese Herausforderung der Unternehmer hat die Arbeiterschaft in große Erregung versetzt; trotzdem hat die Disziplin der Arbeiter bisher jeden ernstlichen Konflikt zu vermeiden gewußt. Jedes wird die Lage immer kritischer; läßlich treffen neue Massen Militär ein und die Lebensmittel steigen rapid im Preise. Die Hafenarbeiter mehrerer französischen Häfen haben sich, wie schon kurz gemeldet, mit den Streikenden bereits solidarisch erklärt, und in diesen Tagen wird in Paris ein Kongress der Hafenarbeiter und Seelente zusammentreten, um über weitere Maßnahmen zu beraten. — Nach einer bisher noch unbefriedigten Meldung bürgerlicher Blätter soll übrigens inzwischen der Generalsekretär des französischen Dockarbeiterverbandes die Dockarbeitervereinigungen in Marseille telegraphisch aufgefordert haben, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Holland.

In Holland wünscht man keine russische Spitzel. Am Dienstag interpellierte Genosse Taf im Amsterdamer Gemeinderat den Bürgermeister, der gleichzeitig Polizeipräsident ist, wegen des Verhaltens des Beamten der Geheimpolizei, Batelt, der bekanntlich im Auftrage der russischen Regierung sich Photographien der russischen Teilnehmer am internationalen Sozialistenkongress zu verschaffen suchte. Der Bürgermeister antwortete nach dem „Berl. Tagebl.“, weder er noch der Polizeioberst wünschten eine Belästigung der Fremden in Holland. Damit vergleiche man die Haltung der deutschen „Staatsmänner“ Bülow, Hammerstein usw., die sich nicht genug tun können an Lebedienstleuten für die Polizei des Zaren.

Vereinigte Staaten.

Bei den Wahlen, die Dienstag im Staate Vermont abgehalten worden sind, erhielt der republikanische Kandidat für den Posten eines Gouverneurs, Bell, eine Mehrheit von 32 000 Stimmen über den demokratischen Kandidaten Porter. Dieses Resultat wird, besonders natürlich von den Republikanern, als ein Anzeichen der allgemeinen politischen Stimmung im Lande angesehen.

Zu peinlichen Zwischenfällen ist es beim Armeemanöver gekommen. Wie aus N. Y. berichtet wird, nahmen die südländischen Milizen eine äußerst feindselige Haltung gegen die einzige Connecticuter Regerkompagnie an. Einzelne Offiziere drohten, im Gefecht scharf schießen zu lassen. Die Regerkompagnie wurde daher zum Lagerdienst beordert.

Schleswig-holstein. Parteitag.

Zweiter Tag.

Nachmittagsitzung.

P. Die Sitzung wird um 2 1/2 Uhr vom Gen. Lienau eröffnet. Punkt 3 (Zentralisation) wird von der Tagesordnung zurückgestellt, um der Kommission Zeit zur Arbeit zu gewähren. Als 4. Punkt folgt die Beratung der gestellten Anträge. Von der Konferenz des 6. Kreises ist ein Antrag gestellt, welcher wünscht, daß der nächstjährige Parteitag sich mit den Schulverhältnissen der Provinz beschäftigen möge. Ein Antrag eingegangen, der eine Kommission wünscht, die zur Verbesserung der Schulverhältnisse in der Provinz Maßnahmen im Sinne unseres Programms ergreifen und dann auf jedem Parteitag Bericht erstatten soll. Beide Anträge wurden, nachdem sie von den Antragstellern begründet und eine kurze Diskussion hierüber stattgefunden, abgelehnt. Die Flensburg Genossen hatten beantragt, den Beschluß betr. Beteiligung an den Kommunalwahlen wieder aufzuheben resp. abzuändern. Die Genossen von Ottenen hatten beantragt, der Parteitag möge beschließen, daß es den einzelnen Orten überlassen bleibt, ob sie sich an den Kommunalwahlen beteiligen wollen oder nicht. Der Antrag Flensburg wird vom Gen. Hering begründet. Derselbe verweist auf die Unschicklichkeit bei den Kommunalwahlen infolge des hohen Zensus; er glaubt, der Beschluß sei 1902 in Flensburg gewissermaßen eine Ueberrumpelung gewesen, auch einen

agitorischen Wert könne er nicht darin erblicken. Den Antrag Ottenen begründet Kreisner. Derselbe tritt dafür ein, es den Genossen der einzelnen Orte zu überlassen, und bittet, den Flensburger Beschluß von 1902 dahin abzuändern. Genosse Pöller-Kiel widerspricht Hering. Redner tritt für Beibehaltung der Wahlbeteiligung ein. In gleichem Sinne sprechen Müller-Schleswig und Lemenzow-Hamburg. Beide Anträge wurden hierauf abgelehnt. Die Konferenz des 7. Kreises hatte folgenden Antrag gestellt: Die Agitationskommission wird beauftragt, zur Verbreitung einer intensiven Landagitation Flugblätter in vierseitigem Format herauszugeben, in denen neben sonstigem aktuellem Lesestoff der erste Teil unseres Parteiprogramms mit gemeinverständlichen Erläuterungen in mehreren Abschnitten zur Veröffentlichung gelangt. Der Antrag wird vom Gen. Pöller begründet, welcher auf die Notwendigkeit der Agitation unter der ländlichen Bevölkerung verweist. Genosse Heinrich-Altona beantragt, in dem Antrage das Wort „vierseitig“ zu streichen. Für den Antrag treten noch ein die Gen. Korn, Lemenzow und Stich, worauf derselbe mit der von Heinrich beantragten Abänderung angenommen wird. Es ist dann noch ein Antrag gestellt worden, welcher eine einheitliche Regelung der Diäten für Delegierte und Referenten zu Parteitag und Konferenzen wünscht. Derselbe wird nach kurzer Diskussion der Agitationskommission überwiesen. Nunmehr erstattet Adler zum Punkt 3 den Bericht der eingeleiteten Kommission. Redner erklärt, daß sämtliche Anträge wie die Resolution einstimmig von den Kommissionsmitgliedern angenommen worden seien. Die von der Kommission vorgeschlagene Resolution lautet: Der Parteitag erklärt sich im Prinzip für die möglichste Ausgestaltung der Zentralisation und empfiehlt, diese in allen denjenigen Wahlkreisen zu erstreben, wo sie unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse sich als zweckmäßig und durchführbar erweist. Mehrere Parteivereine in einem Orte, der nicht zu mehreren Wahlkreisen gehört, haben jedoch keine Erstzuzurechtigung. Die Organisationen sind verpflichtet zur Erhebung eines Minimalbeitrages von 30 Pfg. Der jährliche Parteitag setzt die Mindestsumme fest, welche von der gesamten Parteigenossenschaft der Provinz der Agitationskommission zu überweisen ist. Von diesen Einnahmen ist ein jährlich vom Parteitag zu bestimmender Prozentsatz an die Agitationskommission abzuführen. Außerdem stellt die Kommission folgende Anträge: 1. Die Agitationskommission wird in Zukunft bestehen aus einem beurlaubten Beamten als Vorsitzenden, einem Vertreter der Redaktion und drei am Sitz der Kommission wohnenden Genossen. 2. Der Beamte erhält ein Gehalt von 20 Mk. monatlich. 3. Der Sitz der Agitationskommission für das kommende Jahr 1904/05 ist Neuminster. 4. Der in der Resolution vorgesehene Prozentsatz soll für das Geschäftsjahr 1904/05 20 Prozent sein und quartalsweise am Quartalschluß abgeführt werden. 5. Die Kommission bittet um ein Mandat des Parteitages, in seinem Namen die Stelle des Beamten auszusuchen und unter den Bewerbern die Wahl vorzunehmen zu können. — Redner begründet dieselbe alsdenn eingehend und erklärt, diese Resolution solle der Fels sein, auf dem die Zukunft der Organisation aufgebaut werden solle. Ferner ersucht Redner den Parteitag, die Kommission mit der Anstellung des Beamten zu betrauen, um nicht noch einen Parteitag einberufen zu müssen und bittet schließlich die Genossen um einstimmige Annahme der Resolution. In der Diskussion hält der Genosse Koenen die Angelegenheit noch nicht für so brennend und wünscht die Sache bis zum nächsten Parteitag zurückgestellt. Er glaubt, daß die Sache erst die Genossen im Lande beschäftigen müsse und warnt vor dem Sprunge ins Dunkle. Frohme polemisiert gegen Koenen und bittet um Annahme der Kommissionsbeschlüsse. Einige weitere Redner haben noch Bedenken, die aber untergeordneter Natur sind und vom Genossen Adler in seinem Schlusswort geklärt werden. Die Resolution der Kommission, sowie die Anträge werden einstimmig angenommen. Als Tagesmänner für die Kommission werden die Gen. Mahle, Jürs und Heinrich bestimmt. Die Agitationskommission bleibt so lange in ihrer Funktion, bis der beurlaubte Beamte gewählt ist. Der nächste Parteitag findet in Elmshorn statt. Als Sitz der Referatskommission wird wiederum Kiel und Umgebung bestimmt. Nach einem kräftigen Schlusswort des Genossen Adler, in welchem er die Wichtigkeit des diesjährigen Parteitages gedacht, und einem dreifachen Hoch auf die internationale und die Sozialdemokratie unserer Agitationsbezirks wurde der Parteitag um 5 1/2 Uhr geschlossen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 3. September.

Ein Festmahl zu Ehren der sächsischen und ausländischen Gäste Wilhelms II. während des Kaisermanövers findet am nächsten Dienstag im Rathhause statt. Die Kosten dieses Festmahls bezahlen nicht etwa die Senatsmitglieder, sondern — die Steuerzahler!

Der Senat hat anlässlich der Verlobung des Kronprinzen ein Glückwunschtelegramm an Wilhelm II. gerichtet, das dieser natürlich beantwortet hat. Wir nehmen hieron lediglich deshalb Notiz, um ausdrücklich zu betonen, daß der Senat nicht als Beauftragter der hiesigen Bevölkerung gehandelt hat. Der übergroße Teil der Letzteren betrachtet die Verlobung nicht als einen politischen, sondern als einen rein privaten Akt; er hält deshalb das Telegramm des Senats für völlig überflüssig.

Die Tarifbewegung zwischen den Klempnermeistern und Klempnergesellen Lübecks, ist durch Abschluß eines Tarifes erledigt. Derselbe tritt mit dem 1. April 1905 in Kraft und entspricht den beiderseitigen Wünschen.

Schwerer Unglücksfall. Gestern vormittag lud in der Breitenstraße der bei der Firma Emil Seidel u. Co. tätige Arbeiter Kröger von einem Wagen an der Straßenseite desselben Waren ab. In diesem Augenblick kam aus der Pfaffenstraße ein Weinersicher Wagen in die Breitenstraße gefahren; derselbe mußte jedoch, um einer Kollision mit einem vom Seidelplatz kommenden Brotwagen vorzubeugen, dicht an den Seidel'schen Wagen heranfahren. Die Folge war, daß Kröger zwischen beiden Gefährten festgeklemt wurde. Im bewußtlosen Zustande wurde er zunächst in das Lang'sche Geschäftslokal, und nach Anlegung eines Notverbandes in das Krankenhaus geschafft. Er hat anscheinend schwere Hüftverletzungen erlitten. Wenn die Schuld an diesem schweren Unglücksfall trifft, muß die Untersuchung ergeben.

Angehoffener Posten. Wie das Garnisonkommando mitteilt, ist in der Nacht vom 6. zum 7. d. Mts. auf den Posten auf den Schießständen in der Jadenburger Allee zweimal ein scharfer Schuß von unbekanntem Leuten abgegeben worden. Vom Garnisonkommando ist deshalb verfügt, daß der Posten bis auf weiteres mit scharfen Patronen versehen wird.

Kollision in der Döfze. Der in Ballast von Lübeck nach Rottla bestimmte dänische Dampfer „Pallefen“ kollidierte

dierte in der Nacht zum Montag bei Hammeren mit einem unbekanntem schwedischen Schoner. Der „Pallefen“ erlitt nur leichtere Schäden.

Beim Photographieren schwer verbrannt hat sich nach einer hiesigen Zeitungsmeldung das in der Danforthstraße wohnende Fräulein Meiners und zwar durch Magnesium. Der Verlust eines Auges wird befürchtet. Eine Bedienstete soll gleichfalls Brandwunden davongetragen haben.

Die Sperrung des Fahrweges der Wafenik bei der Näherhorstfähre am morgigen Freitag findet nicht statt.

Einquartierung. Am 17. und 18. September d. Jts. sollen in der Vorstadt St. Lorenz 22 Offiziere, ca. 380 Mann und ca. 250 Pferde und im westlichen Teil des Marien- und Marien-Magdalenen-Quartiers ca. 24 Mann und ca. 175 Pferde vom Putaren-Regiment Nr. 15 zwangsweise einquartiert werden. Den Offizieren ist nur Morgenkost, den Mannschaften aber volle Verpflegung zu gewähren; für die Pferde ist nur Streu zu liefern. Es wird den Quartierpflichtigen noch besonders angesetzt, wieviel Quartier sie zu geben haben. Die Zuweisung der Quartiere an die Truppen erfolgt durch Quartiercheine, die mit dem Stempel der Einquartierungsbehörde versehen sind und die allein zur Empfangnahme der Quartiervergütung berechtigen. Bei nicht erfolgter Aufnahme oder unvollständiger Erfüllung der dem Quartierpflichtigen obliegenden Leistungen tritt auf seine Kosten eine anderweitige Unterbringung der Truppen ein. Die Einquartierungsbehörde besorgt keine Ausquartierungen, wird aber solche durch Adressenangabe vermitteln. Ausquartierungen dürfen jedoch nur in der Nähe des ursprünglichen Quartiers oder in den von der Behörde bezeichneten Quartiere erfolgen.

Die zwangsweise Einquartierung von 31 Unteroffizieren und 125 Mann des hiesigen Regiments am 15. September d. Jts. in der Vorstadt St. Gertrud findet nicht statt.

ph. Abhanden gekommene Musikinstrumente. Der Steuermann eines im hiesigen Hafen liegenden russischen Schiffes brachte zur Anzeige, daß er in angetrunkenem Zustande auf dem Konfinkplatz eine Harmonika und eine Geige liegen lassen habe. Personen, die über den Verbleib dieser Musikinstrumente Angaben zu machen vermögen, werden ersucht, sich beim Polizeiamte (Kriminalabteilung) zu melden.

Schwartzau. Von einem betrübenden Unglücksfall wurde die Frau des hier wohnhaften Arbeiters German betroffen, als sie mit einem Fuhrwerk nach Techau unterwegs war. Sie hatte sich hinten auf die Wagendeichsel gesetzt und wurde hier von einem Hintenausfliegenden Pferde an beiden Beinen getroffen. Die Schwerverletzte mußte nach Lübeck ins Krankenhaus geschafft werden.

u. Daffow. Arbeiterisiko. Beim Bahnbau kam gestern morgen der Arbeiter Willwater aus Neu-Bornwerf dadurch zu Schaden, daß er von herunterstürzenden Erdmassen verschüttet wurde. Er erlitt einen Oberschenkelbruch und mehrere erhebliche Kopfwunden, die, nach Anlegung eines Notverbandes von Seiten des Herrn Dr. Schmidt, seine Ueberführung in das Grevesmühlener Krankenhaus notwendig machten. Er gedachte sich in nächster Zeit ein eigenes Heim zu schaffen.

Uesloe. Zu der mysteriösen Angelegenheit des Todes des im Wirt verstorbenen Soldaten Wochl aus Wismar wird noch folgendes mitgeteilt: Sämtliche Quartierkollegen des Toten wurden nach Wismar in Unteruchungshaft gebracht. Lebhaftes Bestreben rief das Verhalten des Faktors B. in Bargteheide hervor. Der Gäßliche, der augenscheinlich noch nicht ganz davon überzeugt ist, daß hier ein Verbrechen verübt worden ist, weigerte seine Mitwirkung am Leichenbegängnis. Dafür hielt der Kompaniechef des Toten die Grabrede. — Ein netter Prediger der Nächstenliebe!

Ans der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Als Delegierte zum Bremer Parteitag wurden gewählt im 3. Hamburger Wahlkreis die Genossen Stubbe, Stille und Paepow, im 4. Schleswig-holst. Wahlkreis Ottenen-Pinneberg-Gimshorn) die Genossen Gilken und Jacobsen, sowie Genossin Frau Wartenberg. — Die Glaser in Wilhelmshaven stehen in einer Rohabewegung. Falls bis Sonnabend keine Einigung erzielt ist, erfolgt am Montag die Arbeitsentstellung.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Auf der Eisenbahnstrecke Schwerin-Willigrad steht seit Mittwochmorgen 8 Uhr die über die Bahn führende Hundorfer Brücke in Brand, so daß die Züge, die zwischen 8 und 9 Uhr zwischen Schwerin und Kleinen fahren wollten, nicht verkehren konnten. Zu den späteren Zügen hofft man das Verkehrshindernis zu beseitigen. — In Gelsenlande entstand gestern nachmittag in dem großherzoglichen Forst, unmittelbar hinter dem großherzoglichen Jagdhaus, vermutlich durch Funken einer Lokomotive eines kurz vorher vorübergefahrenen Zuges, ein Waldbrand. Das Feuer brach an zwei verschiedenen Stellen im Forst aus; dasselbe war um 5 Uhr jedoch so weit gelöscht, daß keine Gefahr mehr bestand. — Die Frau eines Handwerkers in Grabow, die sich schon seit längerer Zeit wegen ständiger Furcht vor Verfolgung in ärztlicher Behandlung befand, welcher Zustand noch durch die Krankheit ihres Mannes gesteigert wurde, trank Montagmorgen in ihrer Küche ein sehr stark wirkendes Desinfektionsmittel. Es wurde alles mögliche getan, die Frau noch zu retten, leider ohne Erfolg. Am Abend trat der Tod der Unglücklichen ein. — In Güstrow fuhr nachts ein Radler in das Schaufenster der Firma Partje u. Lembke. Er erlitt schwere Verletzungen.

Hamburg. Zum Bierboikott. In 6 Volksversammlungen, die Dienstagabend stattfanden, wurde folgende Resolution angenommen: Die Volksversammlung nimmt Kenntnis von den Verhandlungen der Brauereien mit den Beauftragten des Gewerkschaftsrates. Sie behauptet lebhaft, daß im Interesse des beiderseitig notwendigen Friedens die am 11. August unter Vorherrschaft der Brauereien abgelehnten Einigungsvorschläge von den Brauereien später gemachten Gegenwärtigen enthaltenen Bedingungen weichen von den vorhergenannten so weit ab, daß den Streikenden die Annahme derselben nicht empfohlen werden kann. Die Versammlung erwartet daher, daß andere, für beide Teile annehmbare Vorschläge formuliert und angenommen werden, um den Friedensschluß zu sichern. Sollte unter den angegebenen Voraussetzungen eine Einigung nicht erzielt werden und die Brauereien auf obigem Standpunkt beharren, so beauftragt die heutige Versammlung die in Frage kommenden Instanzen, Maßnahmen zur energischen Durchführung des Boykotts zu treffen, und verpflichtet sich, dafür Sorge zu tragen, daß solche mit größtem Nachdruck durchgeführt und innegehalten werden. — Die Patrioten sind nicht zur Stelle. Mehrere Strafgerichtsvorhandlungen mußten ausgesetzt werden, weil die Angeklagten und auch einige Zeugen fehlten. Diese sind nach polizeilicher Auskunft infolge des Besuches der Kaiserparade und des Zapfenstreiches bett-

längerig. Die Leute, meist Frauen und Mädchen, haben Verletzungen erlitten; eine Frau soll nach der Schilderung eines recherchierenden Polizeibeamten ganz bedeutende Verletzungen am Kopf und Nacken davongetragen haben.

Altona. Eine beträchtliche Abkühlung ist der patriotischen Gedächtnisfeier der Zapfenreichbesucher in Altona geworden. Wie von den Neugierigen und auch den Hamburger Zeitungen berichtet wird, sind infolge der großen Ansammlungen und des unsinnigen Verhaltens des Publikums zahlreiche Unfälle vorgekommen. Die Sanitätsmannschaften hatten alle Hände voll zu tun, die ganzen Bänke und Rasenbänke innerhalb des reservierten Raumes lagen voll Männer, Frauen und Kinder, die dorthin gerragen worden waren. Bei der Mehrzahl handelte es sich allerdings nur um Ohnmachtsanfälle, mehrere Personen waren aber auch dabei, die im Gedränge ernstlich verletzt worden waren. In der Bahnhofstraße kam es zu einem Aufruhr zwischen Militär und Zivil, bei dem einem Soldaten ein Stiefel in den Kopf beigebracht wurde. Welche Dimensionen das Gedränge angenommen hat, mag daraus hervorgehen, daß die Polizei schließlich zur Feuerprobe gezwungen war. Natürlich klingen die hier von betroffenen Gassen jetzt ein wahres Wogebeul in der bürgerlichen Presse über diese Abkühlung an. Wir lächeln hierüber. Mögen die schaulustigen Vögelhaufen künftig zu Hause bleiben und Militär und Polizei ganz unter sich lassen, dann bedarf es solcher Abkühlungen nicht. Wer sich zum blöden Gaffer hergibt, der wird auch danach behandelt. — Ein gutes Geschäft haben am Montag die Einbrecher gemacht. Auch sie hatten „Kaiserparade“. Die lange Kette von Taschendiebstählen und Einbrüchen zeigt, daß die Langfinger jetzt die Parade glänzend bestanden hat. In Hamburg waren sie bei der Arbeit gefordert, denn die Hamburger Polizei weilt zum nicht geringen Teil bei der Kaiserparade in Altona.

Schwerin. In Sachen Abendmahlserschleichung des Konstitutionslehres ist jetzt wieder ein Urteil des Konsistoriums ergangen, laut welchem K. am Sonnabend seines Amtes als Rector entsetzt wurde. Lehrer der Schule in Lompow aber bleibt Rector. Die Besetzung von Schulstellen steht dem Ministerium zu.

Bremen. Sedanfest und Vorkämpfer. Wie die „Deiser-Ztg.“ annimmt, ist die Freitagssitzung für den Nachmittagszug 4 1/2 Uhr ab Bremen zurückgeblieben, weil Polizeibeamte den Postwagen des Sedanfestzuges halber nicht haben durchlassen wollen. Nicht nur die englische Post, sondern auch die Dampfer vom 3. September ab Southampton und ab Queenstown bestimmte amerikanische Post ist liegen geblieben. — Wir haben natürlich nichts dagegen, daß die „Patrioten“ ihren Festzug machen, aber so viel Zeit haben die Teilnehmer des Zuges doch wohl dabei, daß sie die Postwagen hätten durchlassen können. Die übergehende Nachricht der Polizei auf den Festzug erscheint uns höchst sonderbar.

Bremenhaven. Die Solidarität der Arbeiter. Das terroristische Unternehmern feste keine Hoffnung darauf, daß mit dem 1. Oktober die von ihm aus-

gesperrten Arbeiter zu Kreuze kriechen würden, weil diesen dann die fällige Miete fehle. Diese Hoffnung ist nun ja zerstört worden. Die Ausgesperrten erhalten zum 1. Oktober den Mietzuschuß prompt ausbezahlt und es ist gleichzeitig Vorsorge getroffen, daß, wenn der Kampf noch so lange anhält, auch am 1. Januar die Miete ohne Schwierigkeiten bezahlt werden kann. Am Montagabend fand hierseits eine von mindestens 1500 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern besuchte Versammlung statt, in welcher über diese Angelegenheiten beraten und beschlossen wurde. Als Referenten fungierten der Geschäftsführer der hiesigen Metallarbeiter-Zentrale, Genosse Heine und der Arbeitersekretär Genosse Wolf, welche einen Antrag des Gewerkschaftsstartells empfahlen, daß die sämtlichen, nicht von der Ausperrung betroffenen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich verpflichten, bis zum 1. Oktober einen wöchentlichen Ertragsbeitrag von 1 Mk. zu zahlen und vom 1. Oktober ab diesen Beitrag alle 14 Tage zu leisten. Die hierdurch aufzubringenden Gelder sollen zur Deckung der Miete für die Ausgesperrten verwendet werden. Ohne irgend welchen Widerspruch wurde dieser Antrag seitens der Versammlung einstimmig angenommen. Die Solidarität der Arbeiter an der Unterwerfung hat sich also neue bewährt.

Oldenburg. Die Rührat-Affäre wird nunmehr den Reichstag und den Landtag beschäftigen. Laut „Nachr. f. St. u. Land.“ soll die Regierung wegen der Affäre des Ministers Rührat im Reichstag von sozialdemokratischer Seite interpelliert werden, falls die Regierung bis dahin gegenüber den neuen ungeheuerlichen Beleidigungen Rührats durch die Artikel die „Reisendboten“ nicht auftritt. — Daß die Regierung anlässlich der letzten Enthüllungen des „Reisendboten“ dem Feu-Minister den Stuhl vor die Tür setzen wird, glauben wohl selbst die „Nachrichten“ nicht. Der Feu-Minister klebt zu fest.

Oldenburg. Die „wichtigste“ Vorlage, die den nächsten, am 27. September zusammenzurufenden Landtag beschäftigen wird, die Thronfolge oder Regenschaftsvorlage, ist, wie bereits kurz gemeldet, bereits an die Abgeordneten verhandelt worden. Der „Magdeb. Ztg.“ wird über dieselbe aus Berlin geschrieben: „Wie aus oldenburgischen Landtagskreisen verlautet, wird dort von Seiten des Herzogs zu Schleswig-Holstein-Augustenburg ein offizieller Einspruch gegen jene Kammervorlage erwartet, durch die dem Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg gegebenenfalls die Regenschaft und auch die Erbfolge im Großherzogtum zugesprochen werden soll. Erst nach der Ablehnung dieses Einspruchs würde Herzog Ernst Günther, als Haupt der älteren Sonderburger Linie, seinen Protest gegen den bezüglichen Beschluß beim Bundesrat einreichen; da sich dieser in der lippsigen Erbfolge für zuständig erklärt hat, würde er die Genehmigung in die Angelegenheit nicht wohl ablehnen können. In eine Teilung des oldenburgischen Gebietes nach dem besseren Erbrecht soll übrigens der Herzog ebenso wenig denken wie sonst jemand, wohl aber dürfte er auf Entschädigung ein Recht geltend zu machen geneigt sein und für diese Ansicht wohl auch Zustimmung finden. Einzelne gewissenhafte Land-

tagsmitglieder haben sich, gutem Vernehmen nach, auch bereits an den Herzog mit der Bitte um Darlegung seiner Rechtsansichtungen gewandt, sind aber von ihm einfach auf die in dieser Sache veranlaßten juristischen Veröffentlichungen verwiesen worden. — Ob von Landtagsabgeordneten die in der oben mitgeteilten Richtung Schritte getan worden sind, möchten wir bezweifeln.

Wegle Nachrichten.

Breslau. In bestialischer Weise wurde in der Nacht zum Montag in Charlottenbrunn die 50jährige Frau Zauch ermordet. Der Unterleib war aufgeschlitzt, und das Mordwerkzeug im Nackenwinkel festengeblieben. Der Mörder ist entkommen.

Posen. Brennendes Dorf. Die Hof. N. N. melden: Das Dorf Polewik bei Tschichtegel steht seit Mittwoch mittag in Flammen. Sechzig Wirtschaften sind bereits eingedacht worden. Der Brand dauert noch fort.

Hannover. Eisenbahnunfall. In der Nacht zum Mittwoch gegen 2 Uhr wurde auf der Station Wunstorf dem in der Ausfahrt befindlichen Durchgangsgüterzug 7617 Bremen-Hainholz vom Güterzug 6701 Göttingen-Bremen in die Flanke gefahren, wobei der Lokomotivführer des ersteren Zuges erheblich und vier weitere Beamte leicht verletzt wurden. Beide Lokomotiven und 16 Güterwagen entgleisten. Der Schaden an Betriebsmaterial und Gütern ist beträchtlich. Der Lokomotivführer des Güterzuges 6701 trägt nach der amtlichen Meldung die Schuld, weil er das Haltesignal nicht beachtete.

Erfurt. Der große Brand in Dingelstädt ist Mittwoch morgen endlich zum Stillstand gekommen. Im ganzen brannten 50 Häuser nieder. Die bereits brennende Hauptpfarrkirche konnte soweit gerettet werden, daß nur der Dachstuhl und die Fenster beschädigt wurden. Der Schaden beträgt über eine Million Mark.

Essen a. d. R. Im Hochofen verbrannt. Auf dem Bochumer Rhein führte ein Arbeiter in einen Hochofen und verbrannte bis auf Knochenreste.

Aachen. Eisenbahnunfall. Dienstagabend lief der Personenzug von Nisterich auf einen vor dem Bahnhof Aachen-Templerband haltenden holländischen Güterzug auf, wobei der Schlussbremser getötet wurde. Der Materialschaden ist erheblich. Die Untersuchung über die Ursache ist im Gange.

Straßburg i. E. Risiko der Arbeit. In dem Hüttenwerk de Wendel in Groß-Moyeuvre ereignete sich ein gräßlicher Unglücksfall. Ein Arbeiter am Ablauf eines Hochofens ging entzwei und die glühende Masse ergoß sich über vier in unmittelbarer Nähe beschäftigte Arbeiter. Drei Arbeiter, zwei Italiener und ein Augemburger, trugen tödliche Verletzungen davon.

Neapel. Durch eine furchtbare Pulverexplosion in einem Laboratorium zu Bari wurden der Feuerwerker Orsini und zwei seiner Söhne getötet, die Tochter erlitt lebensgefährliche Brandwunden.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

Gewerkschaftsfest-Komitee
Am Sonnabend den 10. September
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52

Das Erscheinen aller Kommissionsmitglieder ist notwendig.
Die Gehalt eines Mädchens gegen Hermit an J. Zeuner und Frau, geb. Schöningh, 7. September 1904

Heute morgen 9 Uhr entfällt auch nach langer Krankheit Friedrich Meiers Thea im jenseitigen Alter von 1 Jahr.
Orto Bähnk und Frau, Maria geb. Kunk

Statt besonderer Meldung.
Sonntag morgen entfällt auch nach langem Krankenleben unter stetiger ärztlicher Aufsicht

Johannes
in welchem 12. September.
Der Herrmann und Frau, geb. Schöningh, 7. September 1904

Johannes Hack u. Frau,
geb. Greil.
Die Bestattung fand am Freitag den 10. September um 11 Uhr von der Kirche (Kriegs- und Toten-Gräber) statt.

Im weiteren am 1. Oktober eine kleine freundliche Wohnung im Stadt von 100 bis 120 Quadratfuß zu vermieten.
Zu sehen in der Johannisstr. 50-52

Logis für 1 oder 2 Personen
zu vermieten. Johannisstr. 50-52

Gesucht zum 1. Okt. eine Wohnung
in der Nähe von 100-120 Quadratfuß.
K. M. in der Johannisstr. 50-52

Ein Haus zu verk. o. Holzkentor.
Königs-Gräberstr. 9.

Eine eigene Hobelbank
zu vermieten. Johannisstr. 50-52

Visit-Karten
aus 1/2 Ellenbeinkarton
zu 100 Stück für 1 Mark

Ein Sportwagen u. eine Gitarre
zu verkaufen. Johannisstr. 50-52

Ia. Kronsbeeren
täglich frisch
Pfd. 15 Pfg.
Gesucht in allen Städten

Ludw. Hartwig
— Cönnertstr. 8. —
Hilfstr. Untertrave 69.

Verkauf von...
Bemerkung: Die Waren sind...
Königs-Gräberstr. 9.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage Reiferstraße- und Warenborpstraße-Gasse eine

Delikatesse-, Frucht-, Kartoffel- u. Gemüsehandlung
eröffnet habe. Ich werde bestrebt sein, nur gute und billige Ware zu liefern.
Hochachtungsvoll
Herm. Radau.

Zur heutigen
Eröffnungs-Feier

meines neuerbauten Restaurants
„Herrenbrücke“

Ich bin meine Freunde und Gönner hierdurch ergebenst ein.
Gemeinschaftliches Abendessen 8 1/2 Uhr.
Hochachtungsvoll
H. Möller.

Für Omnibus-Fahrtgelegenheit von 11 Uhr an ist gesorgt.

Achtung Poststadiearbeiter!

Mitglieder-Versammlung
am Freitag den 9. September d. J.
abends 8 1/2 Uhr

im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Der Gewerkschaftskampf — ein Klassenkampf. Ref.: J. Stelling.
3. Urabstimmung betr. Gausverhältnisse (siehe „Hafenarbeiter“ Nr. 18).
4. Zeitungs-Wahl.
5. Beschlußes.

Der Vorstand.

Ia. Kronsbeeren
Bahn- und Postverbindung
zu billigen Preisen und prompt
T. Buhrmann.

Sehr schöne Meiereibutter
à Pfd. Mk. 1.20 empfiehlt
Wilh. Langbehn Nfng.
Warendorpsstraße 21 a.

Kopf und Bein
Pfund 20 Pfg.
Carl Junge
Wohlfahrtstraße 14.

Täglich frische Kronsbeeren
zum Tagespreise.
Kuno Gerdtz, Untertrave 38.

Feiertags halber bleibt mein
Geschäft von Freitagabend 6 Uhr
sowie Sonnabend und Sonntag
geschlossen.
E. Baer
38 Marlesgrube 38.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** 10.
Markt 4

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. N.:

| | |
|----------------|-----------|
| Biederhöfen | 1,80-6,45 |
| Rauerhöfen | 2,60-6,75 |
| Schlofferhöfen | 1,88-5,25 |
| Ueberhöfen | 0,88-2,85 |
| Zwitrhöfen | 1,38-3,25 |

feinere Fäden, schräge und gerade, 1,23
Kragen, Hemden, Schlachterjassen, Freizejtjassen,
Halter-Mäntel erstaunlich billig.
Mägen von 30 Pfg bis 1,88 Mk.

**Buchen-,
Tannen-
Brennholz**

in Kloben, gesägt und Kien gemacht empfiehlt billigst
Christian Gäde

Brennmaterialienhandlung,
Ferneuf 242.
Sückergrube 5-7.

Kopf und Bein

Pfund 20 Pfg.

Carl Junge

Wohlfahrtstraße 14.

Täglich frische Kronsbeeren

zum Tagespreise.
Kuno Gerdtz, Untertrave 38.

Verkauf von...
Bemerkung: Die Waren sind...
Königs-Gräberstr. 9.

Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands von Anfang August 1903 bis Ende Juli 1904.

Die Ausdehnung und Festigung der sozialistischen Frauenbewegung dokumentiert sich durch die fortwährend steigende Zahl der weiblichen Vertrauenspersonen. Wir haben deren jetzt 100. Ganz besonders erfreulich ist es, daß die Zahl der weiblichen Vertrauenspersonen sowohl im Rheinland gewachsen ist, der Domäne herrlicher Herrschaft, wie in Ostpreußen, dem Lande der Junker und schlechten Schulen. Der auftrittele belebende Geist des Sozialismus kann auf die Dauer weder mit dem Weibsel des politischen Hehlplans, noch mit der Peitsche des Gutsherrn gebannt werden. Die Agitation unter den Frauen in den ländlichen Gegenden Ostpreußens ist weit schwieriger als unter dem weiblichen Proletariat in industriell entwickelten Gegenden. Aber schon der Umstand allein, daß sich Frauen an mehreren Orten Ostpreußens zur Übernahme des Amtes einer Vertrauensperson bereit fanden, läßt darauf schließen, daß manches von unseren Agitatorinnen ausgestreute Samenorn ausgegangen ist. Wenn die Bemühungen zur Schulung der gewonnenen Kämpferinnen nicht erlahmen und von den Genossinnen tatkräftig unterstützt werden, so können in der Folge größere und nachhaltigere Erfolge der Aufklärungsarbeit nicht ausbleiben.

Hatte das vorhergehende Arbeitsjahr mit der freigelegten Reichstagswahl geschlossen, so begann das Berichtsjahr mit der Agitation für die preussischen Landtagswahlen. Die Genossinnen in ganz Preußen veranstalteten Volksversammlungen, um die Aufmerksamkeit der Arbeiterinnen auf die kulturwidrigen politischen Zustände Preußens hinzuwirken, ganz besonders auf die erzklerikalen vereinsrechtlichen Bestimmungen, die Schulverhältnisse usw., in erster Linie aber das korrupte Dreiklassenwahlrecht. Die Berliner Genossinnen nahmen das sehr kurze Recht aus, das ihnen durch den § 21 des preussischen Vereinsgesetzes gewährt wird. Sie gründeten einen Wahlverein, der in den wenigen Wochen seines Bestehens 400 Mitglieder geworben und eine lebhaft agitatorische Tätigkeit entfaltet hat. Eine Anzahl von Mitgliedern der Organisation hat sich dauernd an die politische Bewegung angeschlossen und ist stets bereit, bei notwendigen Veranstaltungen dem Dienste der Partei Zeit und Kräfte zur Verfügung zu stellen.

Wie notwendig die entfaltete Agitation gewesen ist, wurde den Frauen durch das krasse Unrecht des Vereinsgesetzes und seiner Handhabung seitens der Behörden klar nachgewiesen. Mehrere wichtige Fälle der Praxis, wie sie den Arbeiterinnen gegenüber beliebt wird, gelangten in dem Berichtsjahr zur Entscheidung. Der Amtsvorsteher in Tempelhof hatte eine Versammlung des Reichstagswahlvereins der Frauen des halb untersagt, weil er der Ansicht war, diese Organisation sei ungesetzlich. Trotzdem fanden in vielen Orten des Kreises Versammlungen des räumlichen Wahlvereins ungehindert statt. Die Genossinnen beschritten den Beschwerdeweg. Das Verwaltungsgericht schlichtete jedoch der Ansicht des Amtsvorstehers bei. Diesem Falle stellt sich würdig an die Seite die Verweigerung der weiblichen Delegierten der Brandenburger Konferenz in das Segment. Diese Maßregel wurde damit begründet, daß die aus sieben Personen bestehende Agitationskommission der Provinz ein politischer Verein sei, an dessen Versammlungen Frauen tätigen Anteil nicht nehmen dürften. Und dies, obgleich die Konferenz als öffentliche Versammlung einberufen worden und die Wahl der Delegierten in öffentlichen Versammlungen erfolgt war. Die Beschwerden und Klagen der Genossinnen bis in die höchsten Instanzen hatten den Erfolg, daß das Tun der unteren Behörden als dem Gesetz entsprechend erklärt und die Genossinnen abgewiesen wurden. Ein freies Vereins- und Versammlungsgesetz ist aber für die Masse der Arbeiterinnen geradezu eine Lebensnotwendigkeit geworden, da ohne ein

solches auch das Koalitionsrecht der Arbeiterinnen ein papierne ist, wie es durch zahlreiche Tatsachen erhärtet werden kann. Da Reichstagsmehrheit und Regierung der Forderung der sozialdemokratischen Fraktion nach einem uneingeschränkten Reichs-, Vereins- und Versammlungsgesetz, wie Koalitionsrecht hartnäckigen Unverstand entgegensetzten, so beschloßen die Genossinnen, angepornt durch ein Birkular der Unterzeichneten, eine lebhaft Agitation für diese nötigen Reformen zu entfalten. Sie gingen alsbald an's Werk. In Diskutier- und Lesabenden wie in öffentlichen Versammlungen wurde und wird der Gegenstand zum Thema der Verhandlungen gemacht. Zum mindesten wird durch diese Agitation erreicht, daß breiten Schichten der Proletarierinnen ihre Rechtlosigkeit zum Bewußtsein kommt und daß das Streben nach Befreiung des bestehenden unwürdigen Zustandes sie zu Kämpferinnen macht für die eigene Befreiung, wie für die der gesamten Arbeiterklasse.

Am Ende des Jahres 1903 war es die Aussperrung der Krimmischauer Arbeiter und Arbeiterinnen, die das Interesse und die Aktion des Proletariats in hohem Maße herausforderte. Unsere Genossinnen erfüllten mit großer Begeisterung die Pflichten, die ihnen durch diesen Kienkampfs zwischen Kapital und Arbeit erwachsen und der insbesondere auch der Verbesserung des Loses von Tausenden hart ausgebeuteter Frauen galt. In Krimmischau selbst haben sich die organisierten und aufklärten Frauen als treffliche Kämpferinnen bewährt. Gerade der Krimmischauer Kampf hatte hellstes Licht darauf geworfen, wie schwer die gesetzgebenden Gewalten gesündigt hatten, daß sie nicht längst den gesetzlichen Feiertag für alle erwachsenen Arbeiter, zum mindesten aber für die erwachsenen Arbeiterinnen, festlegten. Aber die Lehren dieses Kampfes scheinen für die Herrschenden verloren zu sein. Die Reichstagsmehrheit stand der so berechtigten Forderung des Feiertages nach wie vor ablehnend gegenüber. Ebenso einseitig blieb sie gegenüber der längst erwiesenen Notwendigkeit, einen durchgreifenden Kinderschutz zu schaffen. In langem und hartem Kampfe hat die Arbeiterklasse nur gar wenig errungen. Die Unzulänglichkeit des zu stande gekommenen Kinderschutzgesetzes, welches das eigene Kind nicht einmal dem fremden gleich gegen die Ausbeutungsgewalt sicher stellt, gab den Genossinnen im ganzen Reiche Anlaß zur lebhaften Agitation für das Verbot der Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder, wie es das sozialdemokratische Programm fordert. Die Vertrauenspersonen und Agitatorinnen wurde zum Zweck gründlicher Information das vom Lehrer Naghd herausgegebene Kinderschutzgesetz auf Kosten der Zentralkasse der Genossinnen zugestellt. Die eingeleitete Agitation wird fortgesetzt werden, bis den Kindern des Proletariats ausgiebiger Schutz gegen die Ausbeutungsmacht des Kapitals erobert ist.

In allen anderen Aktionen der Arbeiterklasse haben sich die Genossinnen beteiligt. Sie ergriffen die Initiative zum Protest gegen die schwachvolle Liebedienerei der preussisch-deutschen Politik vor dem russischen Despotismus. Eine große Volksversammlung der Genossinnen in Berlin leitete die Protestbewegung ein, die in ganz Deutschland Wiederhall fand, wie die vielen in dieser Sache abgehaltenen Versammlungen bezeugen und deren Bedeutung der Königsberger Tendenzprozeß in helles Licht gerückt hat.

Das schmächtige Verhalten der bürgerlichen Mehrheitsparteien des Reichstages und der Regierung in der Frage des Frauenwahlrechts zu den Kaufmannsgerichten bot Stoff zu kräftiger Agitation unter den Frauen, zumal unter den weiblichen Angestellten im Handelsgewerbe.

Zur Beteiligung am dem Heimarbeiterschutzkongreß, welchen die Generalkommission für Anfang März d. J. einberief, wurden die Genossinnen durch einen Aufruf der Unterzeichneten in Nr. 2 der „Gleichheit“ aufgefordert. Ihre Mitarbeit am Kongresse war um so berechtigter, als die Genossinnen in mehreren Orten seit längerer Zeit bereits durch Erhebungen über die Zustände in der Heimarbeit

wertvolles Material zusammengetragen hatten, welches durch den Kongreß weiteren Kreisen nutzbar gemacht werden konnte. Im Interesse des Kampfes gegen die Heimarbeit, dieses Kampfes aber am Gesellschaftskörper, im Interesse der Unterstützung der Genossinnen für diesen Kampf hielt es die Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands für angebracht, das Protokoll des Heimarbeiterschutzkongresses sämtlichen Vertrauenspersonen unentgeltlich zu übermitteln. Erwähnt sei dankend, daß die Generalkommission auf Antrag bereitwillig das Protokoll in größerer Anzahl der Zentralvertrauensperson zum Selbstkostenpreise überließ.

Wie stets, so haben auch im abgelaufenen Jahre die Genossinnen ihren Anteil an der gewerkschaftlichen Arbeit geleistet. Sie haben Werkstübchen geleitet, Versammlungen abgehalten und in manchen Orten Kommissionen gegründet, welche die Agitation unter den Arbeiterinnen planmäßig betreiben. Infolge ihrer Tätigkeit sind sie da und dort als Delegierte in die Gewerkschaftskartelle gewählt worden. Ebenso fleißig waren die Genossinnen vielerorts als Mitglieder von Agitationskommissionen bei allen mühevollen Arbeiten tätig. So haben sie unermüdet das Ihrige dazu beigetragen, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen im letzten Jahre in erfreulicher Weise gestiegen ist und 1903 im Jahresdurchschnitt 40 666 betrug. Der erzielte Erfolg muß die Genossinnen anspornen, in rührigster Weise weiter auch in der gewerkschaftlichen Bewegung mitzuarbeiten. Die gewerkschaftliche Organisation ist von so großer Bedeutung für das Proletariat, daß die Genossinnen ihr fortgesetzt die höchste Aufmerksamkeit zuwenden, die nachdrücklich Förderung zuteil werden lassen müssen.

Das Bestreben der Frauen nach engerem Zusammenhalt und vertiefter Bildung macht sich in der fortwährenden Zunahme der Frauenbildungsvereine geltend. Wenn dieselben auch in Preußen und in anderen deutschen Vaterländern gänzlich unpolitisch sein müssen, so übermitteln sie doch den Frauen eine Summe von Bildung, die sie befähigt, den sozialistischen Gedanken leichter und fester zu erfassen.

Die Les- und Diskutier-Abende haben in vielen Orten vorzügliches geleistet. Ihrem Wirken ist es wohl nicht zum mindesten zuzuschreiben, daß in letzter Zeit eine Anzahl junger Kräfte rechnerisch tätig sind, die schon tüchtige Leistungen aufzuweisen haben, und die sich dank der vorhandenen Bildungsgelegenheiten und der Anleitung, die sie schriftlich und mündlich erhalten, noch weiter entwickeln werden.

Das feste Steigen der Leserinnen der „Gleichheit“, deren Zahl jetzt über 11 000 beträgt, ist ein deutlicher Beweis dafür, daß bei zäher Agitation die Frauen auch für erste Lektüre zu gewinnen sind. In vielen Orten verbreiten die Genossinnen die „Gleichheit“ in eigener Regie, wodurch sie einen großen Teil der Mittel für ihre Agitation erhalten. Aber wertvoller noch als dieses materielle Ergebnis ist die festere persönliche Beziehung, die sie dank des Austragens ihrer Zeitschrift erzielen.

Die Genossinnen wurde von den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zur Beteiligung an dem Internationalen Frauenkongreß aufgefordert, welcher im Juni in Berlin taget hat. Aus grundsätzlichen und tatsächlichen Gründen lehnten sie jedoch jede Art der Beteiligung an dieser ausgeprochenen bürgerlichen Veranstaltung ab. Der Charakter und der Verlauf des Kongresses haben bestätigt, wie richtig sie damit gehandelt haben. Die deutschen Genossinnen schloßen sich in internationaler Solidarität nicht mit den bürgerlichen Frauen, wohl aber mit den kämpfenden Proletariaten aller Länder verbunden. Sie beschloßen deshalb, sich auf dem Internationalen Sozialistenkongreß zu Amsterdam durch zwei Delegierte vertreten zu lassen.

Durch die Wahlen im Jahre 1903 sind die Mittel der Arbeiterkreise stark in Anspruch genommen worden. Es ist deshalb nicht zu verwundern, daß in die Kasse der Zentralvertrauensperson die Gelder nicht allzu reichlich geflossen sind. Die Einnahmen betragen 1379,03 Mk. Die Ausgaben beliefen sich für

Die Hosen des Herrn von Bredow.

Roman von Willibald Alexis (W. Häring).

(9. Fortsetzung.)

Aber wieder war alles so klein, daß man auch hätte fragen können, wo denn die Gule und Nachtvögel Platz finden neben den Menschen? Doch in den Häusern unserer Vorfahren war immer viel Raum für andere, weil sie für sich selbst wenig brauchten. Was brauchte der Mensch mehr als ein Lager und ein Dach darüber für die Nacht? Das Kind, das zur Welt kommt, muß die vier Wände anschauen, so ist's alle Ewigkeit: das Heimliche soll nicht vor aller Welt geschehen. Aber wenn er aufwächst und groß wird, baut ihm der liebe Himmel sein großes Haus, wo immer Platz ist für Tausende und Hunderttausende mehr als leben und leben werden. Die Sonne war die Kerze und das Feuer, und wenn es heiß war, der Baum und Wald unserer Väter Schatten, und die Luft wehete ihnen biffere Kühlung zu, als die dicken Mauern. Nun, und wenn keine Sonne schien, und es regnete und stürmte, dann fand sich doch in jedem guten Haus eine Halle, ein Flur, eine Diele, wo die Genossenschaft am Feuer sitzen und durch Scherz und Gespräch die Ungunst des Wetters vertreiben konnten. Es tut nicht gut, daß der Mensch allein sei mit seinen Gedanken. Und die Halle fehlte auch nicht in Burg Hohen-Biaz.

Die Pferde hatten ihren Stall im Hof, die Hunde ihre Hütten am Tor, die Schweine ihre Koben daneben, auch Kühe und Stiere wurden unterweilen bei schlimmer Zeit in den Zwinger getrieben; wie sie da mit den Köpfen sich vertragen, war ihre Sorge. Der Storch nistete auf der Dachrinne vom Herrenhause, die Schwalben an den hölzernen Galerien, die um den Hof liefen, die Tauben beim Türmer, die Gule in den alten Mauerblenden, die Schwaben in den Nischen, der Wurm im Holze, die Mäuse im Keller und Flur, und die Menschen, jeder in seiner Kammer; und war dem

Knecht keine zugewiesen, da stand doch eine Bank auf den Gängen und lag schon ein anderer darauf, so jagte er die Hunde fort, die unter dem Vordach im Hof schliefen. Item, es fand sich und ging; wer schlafen wollte, der fand immer einen Platz, wer trug, ein Feuer, sich daran zu wärmen, wen hungerte, Brot und Brei, die Speisekammer war nie leer, dafür sorgte die gute Hausfrau, die nie den Schlüssel aus der Hand ließ, und wer bangte, fand auch ein freundliches Gesicht und gute Zuspruch. Die Frau von Bredow duldete alles in ihrem Haus, nur nicht Faulenzen und Dummheiten.

Der Mann im Monde hätte sich wundern müssen, sagte ich, wenn er auf die Burg niedersah. Es gab vieles, worüber er sich wundern konnte. Ist's doch überall ein etzgen Ding mit dem sich wundern. Einige verwundern sich, wenn es in der Welt eine Weile still herging, daß die Dinge so lange halten in ihrer Ordnung, und andere wiederum, wenn ein Sturm kommt und alles zumwirft, warum die alte Ordnung nicht ewig dauerte. Der Mann im Monde, wenn er sprechen könnte, würde es uns am besten sagen, worüber wir uns noch wundern dürfen. Durch so viele tausend Jahre schaut er auf die Erde und sieht alles, was uns bewegt, und ihn kümmert's nicht; er lacht nicht und er weint nicht mit seinem kalten, gleichgültigen Gesichte; ob er aber bei sich denkt, was wir doch für Toren sind, das weiß kein Mensch.

Ueber den Sturm konnte er sich wundern, denn er war ein Orkan geworden, wie dessen die ältesten Leute sich nicht entkannen. Wie er den Wald gepölscht, als wären die Baumwipfel Meeresswellen, hatte er auch an der Burg gerüttelt, daß die Balken knackten. Das Storchnest war von der Firne geworfen, im Schieferdache hatte er gewühlt und gewirrt, und der Sichel, der schon überhing, sich noch um einen halben Schuh nach vorn geworfen. War das nicht zum Verwundern, daß der Sichel noch hielt, so war es doch, daß der Hausherr in der Eiterkammer auch davon nicht auf-

gewacht war! Und nach solchem Sturm eine solche Ruhe! Wie die im Spätherbst bringen Kälte und Frost oder Schladen; aber als wäre nur das wilde Heer vorübergerast, so war es still geworden darauf und die Luft schwül. Und doch war doch auch zum Verwundern, daß man irgend mehr etwas sah von der großen Wäsche. Sie war eingetrocknet und alles an seinem Fleck; zwei Stunden schon nachdem der letzte Wogen über die Zugbrücke rollte, und nichts war verloren gegangen auf dem langen Wege. „Das ist eine Frau, die nimmt's auch mit Wetter und Wind auf“, sprachen die Dienstknechte.

Nun dampften die Kessel über dem presselnden Feuer und die Schinken brodelten und schwitzten am Spieß. Auch in den Keller war sie geflühen und hatte an den Fässern gezapft, und die Knechte trugen schwere, volle Kannen in den Flur. Denn nach der Arbeit ziemt den Leuten Ruhe und auch etwas mehr, dachte die Hausfrau, nur sich selbst gönnte sie's nicht, denn während die andern um den großen Tisch saßen, stieg sie noch treppauf, treppab, und ihr Schlüsselbund klickte durch den Becherflang.

Hoch war die Halle gerade nicht, und auch nicht gewölbt. Die Wölken angerührt vom Rauch, wenn er aus dem Kamin zurückschlug, drückten wie braune Rippen über den Köpfen, und was von Schnitzwerk ehemals daran gewesen, davon war nicht mehr viel zu sehen; und wo die Schindeln und Spigen noch hielten, hatte man sie benutzt, wie man mit Wandnägeln tut. Da hing ein Schilb, ein Harnisch, ein Helm, auch wohl ein Kessel, oder gar ein Schinken daran. Der Boden war festgestampfter Lehm und die Tische und Bänke von solchem Kernenholz, daß es dem Zimmermann Schade gebüht, viel mit Hobel und Meißel daran zu schnitzen und glätten. Eine Schwelle nur und eine Tür schied die Halle vom Hofe. Wenn die Tür aufging, drang Regen und Wind ein; darum tat man sie lieber nicht zu, wenn es nicht zu arg stürmte und stiebte. Und das kam dem Feuer im Kamine zu gute; denn wenn der Rauch, der seine

Drucksachen auf . . . 176,35 Mk.
Mündliche Agitation . . . 539,25 "
Porto und kleine Ausgaben . . . 199,93 "

Summa 916,53 Mk.

Einnahmen . . . 1379,03 Mk.
Ausgaben . . . 915,93 "

Bestand 463,50 Mk.

Seit dem 1. Juli wird die Vertrauensperson der Genossinnen besoldet und kann sich in der Folge vollständig der Aufgabe ihres Amtes widmen. Die Neuerung war zur Notwendigkeit geworden. Mit der erfreulichen Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung hatten die Arbeiten der Vertrauensperson einen Umfang angenommen, daß sie nicht länger nebenbei erledigt werden konnten, sondern eine ganze Kraft erforderte. Nun ist eine wichtige materielle Vorbedingung dafür gegeben, daß die Agitation unter dem weiblichen Proletariat immer kräftiger und einheitlicher betrieben werden kann und daß sie insbesondere rege und anhaltend in solchen Gegenden in Angriff genommen wird, wo die proletarische Frauenbewegung noch nicht festen Fuß zu fassen vermochte. Aber freilich wird die Möglichkeit für höhere Leistungen der Vertrauensperson nur dann voll zur Geltung kommen, wenn die Genossinnen ihrerseits nach wie vor ihre volle Kraft für die sozialistischen Ziele einsetzen und wenn es auch die Genossinnen nicht an einsichtsvoller Förderung der Frauenbewegung fehlen lassen. Je solidarischer alle Kräfte bemüht zusammenwirken, um so größere und nachhaltigere Fortschritte müssen erzielt werden.

Mit steigender Einsicht und Kraft wird sich so die proletarische Frauenbewegung immer leistungsfähiger dem allgemeinen proletarischen Klassenkampf einschließen.

Dittlie Baader.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Den Bildhauern Breslaus sind ihre Forderungen bisher von zwei Firmen bewilligt. In allen übrigen Fabriken und Tischlerien ruht die Arbeit. — Der Streik der Tapezierer in Königsberg, dessen Beendigung wir gestern schon kurz meldeten, ist zu Gunsten der Gehilfen verlaufen. Am Sonnabend hatte die Jurung der Lohnkommission zur Verhandlung eingeladen, in welcher die Forderungen fast vollständig bewilligt wurden. Es soll eine Kommission, bestehend aus drei Meistern und drei Gehilfen, gewählt werden, welche für die Einhaltung der Verhandlungen zu sorgen hat. Ueber zwei Firmen, bei denen die Verhältnisse noch nicht geregelt sind, bleibt die Sperre verhängt. — Die Lohnbewegung der Berliner Bauarbeiter ist vorläufig beendet, nachdem die drei Firmen, deren Unterfertigung am Sonnabend noch fehlte, Montagmorgen den Tarifvertrag ebenfalls unterschrieben haben. — Die Differenzen der Steinleger in Wittenberge mit den Unternehmern sind durch Annahme eines Lohnmaximals beigelegt worden. Die Arbeitszeit wurde auf 10 Stunden pro Tag festgelegt. — Der Maurerstreik in Nordhausen ist auf dem Wege der gütlichen Vereinbarung beendet worden. Wenn auch die Forderungen der Streikenden nicht in vollem Umfang anerkannt sind, so wurden doch wertvolle Zugeständnisse auf drei Jahre geschaffen, die die Unternehmern daran hindern, den Arbeitern einseitige Lohnbedingungen aufzuerlegen. — Die Arbeiter der Gasanstalten der Sächsisch-Thüringischen Gasgesellschaft in Leipzig haben eine Kommission gewählt, die eine Klärung der Arbeitsverhältnisse anstreben soll. In der Hauptsache wird die Umwandlung der jetz. 24stündigen Arbeitszeit in eine 12- oder 14stündige, die Abkürzung des Präsenzjahres und der Arbeitsstunden und eine allgemeine Lohnaufbesserung verlangt. — Die Lohnbewegung der Holzbildhauer in Leipzig hat in einer Einigung zwischen Arbeitgeber und der Gehilfenkommission geendet. Die Arbeitszeit wird vom 1. Oktober ab auf 51 Stunden pro Woche herabgesetzt, der Lohn wird um 6 vom Hundert erhöht. Am 1. Januar 1905 tritt eine weitere Erhöhung des Lohnes um 4 vom Hundert in Wirklichkeit. Die Arbeitszeit beträgt dann pro Woche 50 Stunden.

Zwischen den Verbänden der Bergarbeiter in Deutschland, Nordamerika, Oesterreich, Frankreich und Belgien sind von den Vertretern dieser Organisationen Gegenständigkeitsverträge abgeschlossen worden. Demnach werden Mitglieder, die mindestens 6 Monate der Organisation durch die Länder angehört haben, mit gleichen Rechten in die Organisationen der übrigen Länder aufgenommen. Von besonderer Bedeutung sind diese Abkommen für Bergarbeiter, die nach Nordamerika

auswandern wollen, da hier von den Bergarbeiterverbänden bisher eine Eintrittsgebühr von 10—50 Dollar verlangt worden ist.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich wird am 26. September und die folgenden Tage in Salzburg stattfinden. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Konstituierung des Parteitages. 2. Berichterstattung: a) der Parteivertretung; b) der Kontrolle; c) über die parlamentarische Tätigkeit. 3. Verfassungsrevision. 4. Partei- und Wahlorganisation. 5. Wahl der Parteivertretung. 6. Parteipresse. 7. Allgemeine Parteiangelegenheiten.

Die Bremer Parteigenossen veröffentlichen im Bremer Parteiorgan ihr Programm für den Parteitag. Danach findet Sonntagabend 7 Uhr die Eröffnung statt, nach dem am Sonnabendnachmittag eventuell Sonntagvormittag die Frauenkonferenz vorhergegangen. Die Sitzungen selbst sollen nach dem Vorschlag des Lokalkomitees von 9 bis 1 Uhr vormittags und von 3 bis 7 Uhr nachmittags stattfinden. Für Dienstagabend ist ein Partifest vorgezogen und für Donnerstag eine Dampferfahrt nach Helgoland — vorausgesetzt, daß Zeit dazu vorhanden ist.

Die brandenburgische Provinzialkonferenz wurde am Sonntag im Berliner Gewerkschaftshaus abgehalten. Neben den sechs Berliner Reichstagswahlkreisen waren die brandenburgischen Kreise mit insgesamt 71 Delegierten vertreten. Den anwesenden acht weiblichen Delegierten wurden diesmal von der Polizei keine Schwierigkeiten gemacht. Die Einberufung der Konferenz war nämlich nicht von der Agitationskommission ausgegangen, sondern von einem einzelnen Genossen. Erwähnenswert aus dem Geschäftsbericht der Kommission ist, daß im vergangenen Berichtsjahre an Prozesse und Gerichtskosten 195+50 Mk. ausgegeben wurden. Um eine straffere Organisation in der Mark Brandenburg anzubahnen, wurde eine Kommission bestimmt, die in Gemeinschaft mit der bisherigen Agitationskommission die nötigen Schritte in die Wege leiten soll. Zum Punkt „Presse“ hatte die Agitationskommission beantragt, daß ihr künftige Sitz und Stimme in den Pressekommmissionen der beiden in der Mark Brandenburg erscheinenden Zeitungen („Märkische Volksstimme“ und „Brandenburger Zeitung“) zu gewähren sei. Nach langer und teilweise erregter Debatte fand der Antrag Annahme. In der Debatte darüber ging Genosse Kiege-Spandau scharf gegen die „Brandenburger Zeitung“ vor, der er Revisionismus in Preussischer Sinne vorwarf. Artikel dieses Abgeordneten, wie der, daß das Reichstagswahlrecht durch die bürgerlichen Parteien nicht bedroht werde, wirkten nicht bloß komisch, sondern schädigten die Partei auch ungemein. Stadthagen sprach hierauf über die Verurteilung der preussischen Landarbeiter, wie sie der bekannte Gelehrtenentwurf zur Erhöhung des Kontraktbruchs zur Folge hat. Es wurde beschlossen, ein das Kontraktbruchsgeß in populärer Darstellung behandelndes Flugblatt den ländlichen Kreisen zur Massenverbreitung zur Verfügung zu stellen.

Zur Einigung der französischen Genossen. Der Zentralrat der sozialistischen Partei Frankreichs (Guesdisten) hat in seiner Sitzung vom 30. August über den Beschluß des Amsterdamer Kongresses über die Einigung der französischen Sozialisten beraten. Die sozialistische Partei Frankreichs erklärt sich nunmehr durch das Organ ihres Exekutivkomitees bereit, voll ihre Pflicht zu tun und schon jetzt die französische Einigung auf der Grundlage der durch die internationalen Kongresse beschlossenen Prinzipien zu verwirklichen. Diese Erklärung, der die größtmögliche Verbreitung gegeben werden soll, soll dem internationalen sozialistischen Bureau in Brüssel übermittelt werden, ebenso wie den Vorständen der verschiedenen sozialistischen Parteien, die in Amsterdam vertreten waren.

Aus Nah und Fern.

Ein probates Mittel, um Ausschreitungen zu verhindern, hat die Polizei in Rathenow bei der letzten Sedanfeier in Anwendung gebracht. Die „Potsd. Corr.“ meldet darüber: „Bei der Sedanfeier in Rathenow fanden schon seit Jahren des Abends auf dem Marktplatz große Zusammenkünfte von halbwüchsigen Burschen statt, welche Körten, Feuerwerkskörper abbrannten und sonstigen Unfug vollführten. Es hat die Polizei einschritten und auch die Feuerwehr ihre Latern Wasserstrahlen entbande. Mehrfache Prozesse waren dann stets das Nachspiel dieser widerlichen Szenen, aber alle Bestrafungen fruchteten nichts, denn der Zutritt fand sich von Jahr zu Jahr immer wieder ein, um zu lärmern und mit der Polizei anzuhändeln. Auch in

diesem Jahr begann bei Eintritt der Dunkelheit auf dem Marktplatz derselbe Unfug, aber nicht ein Polizeibeamter ließ sich sehen. Als dies die Rabaukbrüder merkten, verzogen sie sich nach und nach von selber, weil sie infolge der veränderten Taktik der Polizei um ihren Hauptzweck gekommen waren. Es ist anzunehmen, daß infolgedessen im nächsten Jahre überhaupt keine Ausschreitungen mehr stattfinden werden.“ — Es würde wenig Landfriedensbruchprozesse mehr geben, wenn die nach den Grundzügen des Reichschen Schießerschlusses zur Schnelligkeit errogene preussische Polizei überall so geschickt handeln würde wie in Rathenow.

Der Schuhmann auf der Anklagebank. Wegen falscher Anschuldigung und verleumdender Beleidigung hatte sich Dienstag in Frankfurt a. M. der am 30. März 1869 zu Nimborn (Hessen) geborene Schuhmann Adam Gehring zu verantworten. Der Angeklagte war früher Sergeant in Mainz und wurde nach halbjähriger Probezeit am 1. Februar 1900 als Schuhmann bei der Frankfurter Polizei angestellt. Dem Gehring wurde zur Last gelegt, in vier mit falschen Unterschriften versehenen Eingaben an Behörden und an eine Zeitung, den Polizeikommissar Finger, den Kommissar Lemke und einige Schulleute durch wissentlich falsche Angaben beleidigt zu haben. Dem Kommissar L. wurde u. a. ein Sittlichkeitsvergehen vorgeworfen, daß er in Gemeinschaft mit einem Refektoriar begangen haben soll, eine Anzahl Schulleute sollten sich mit Prostituierten abgegeben haben usw. Außerdem soll Gehring sich außer in diesen vier Fällen noch durch zwei weitere Eingaben der Urkundenfälschung schuldig gemacht haben. Der Angeklagte bestritt entschieden die Täterschaft; er will mit seinen Vorlesungen niemals in Konflikt gekommen sein, im Gegenteil sich ihrer Gunst erfreut haben. Ausschlaggebend für die ganze Verhandlung war das Gutachten, das der Schriftsachverständige erstattete. In längeren Ausführungen legte er dar, daß es keinem Zweifel unterliege, daß Gehring die inkriminierten Eingaben geschrieben habe. Eine Menge charakteristischer Uebereinstimmungen in der Schrift sei vorhanden. Auffallend sei die Tatsache, daß in den Eingaben und in einer von dem Angeklagten genommenen Schriftprobe dieselben orthographischen Fehler vorkommen. Es erscheine ganz ausgeschlossen, daß Gehring nicht der Täter sei. Die Staatsanwaltschaft beantragte eine dreijährige Gefängnisstrafe, der Verteidiger Freisprechung, da man auf ein Schriftsachverständigen Gutachten hin niemand verurteilen könne. Nach einstündiger Beratung verurteilte der Gerichtshof folgendes Urteil: Es unterliege keinem Zweifel, daß der Verfasser der Eingaben in der Schuhmannschaft zu suchen ist. Nach dem Gutachten des Sachverständigen halte es das Gericht für erwiesen, daß Gehring die Eingaben verfaßt hat. Er wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und auf drei Jahre für unfähig zur Bekleidung öffentlicher Aemter erklärt. Den Beleidigten wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Reinlichkeitsfeindliche Bäckermeister. Der Stadtmagistrat Bamberg hat Vorschriften über die Reinlichkeit in den Bäckereien erlassen, wodurch er es mit den Bäckermeistern gründlich verdonnert hat. Sie erhoben dagegen Beschwerde, da verschiedene Bestimmungen zu hart seien. Einen Haupttrumpf glaubten sie auszuspielen, indem sie betonten, daß bei den neuen Vorschriften von 79 Bäckereien nur 10 nicht zu beanstanden wären. Sie scheinen nicht gefahst zu haben, daß sie sich selbst damit ins Gesicht schlagen. Die Beschwerde wurde abgelehnt.

Mit dem Fallschirm in die See getrieben. In dem englischen Badeort Bourne-mouth spielte sich am Sonnabend eine aufregende Szene ab. Als der Luftschiffer Gaudron am Nachmittag aufstieg, wurde sein Ballon über die See getrieben. Etwa eine Meile von Dover ließ sich der französische Luftschiffer, der vorsichtig genug gewesen war, einen Rettungsgürtel anzulegen, mit dem Fallschirm in die See stürzen, weil sein Ballon die Fahrt über die See in nordwestlicher Richtung fortsetzte. Es gelang, den Luftschiffer aufzufischen und auch der Ballon wurde, nachdem er in die See gefallen war, in Sicherheit gebracht.

Säcker Marktpreise vom 7. Sept.

Bauern-Butter Ffd. 1,20 Mk., Meierei-Butter Ffd. 1,35 Mk., Käse Stk. — Mk., Enten Stk. 2,60 Mk., Hühner Stk. 1,60 Mk., Ruten Stk. 1 — Mk., Lauben Stk. 0,50 Mk., Gänse Ffd. — Mk., Fildgans — Mk., Schweinskopf, Ffd. 0,40 Mk., Schinken Ffd. 1,05 Mk., Wurst Ffd. 1,20 Mk., Eier 9 Stk. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karotten Ffd. — Pfg., Karaulchen Ffd. 80 Pfg., Getreide Ffd. 60 Pfg., Barische Ffd. 70 Pfg., Mal Ffd. 0,90 Mk.

„Ganz in demselben Geiste, wie ich mich verhalten will, so erkläre ich auch, daß ich im Fall der Notwendigkeit meine ganze Kraft für die Sache einsetzen werde.“ — Und so hat der Schwabener sein Wort gehalten. Er hat sich nicht nur lange daran gehalten, sondern hat es auch mit großer Energie durchgesetzt. Er hat seinen jungen Schützlingen ein Vorbild gegeben, das nicht nur die Jugend, sondern auch die Eltern und die ganze Gemeinde zum Nachahmen anregt. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Interessen der Arbeiter zu verteidigen und die Forderungen der Gerechtigkeit durchzusetzen. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Solidarität zwischen den Arbeitern zu stärken und die Kraft der gemeinsamen Aktion zu vergrößern. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Macht der Arbeiter zu erhöhen und die Stellung der Arbeiter zu verbessern. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Gerechtigkeit zu erringen und die Freiheit zu erringen. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Zukunft zu gestalten und die Zukunft zu gestalten. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Zukunft zu gestalten und die Zukunft zu gestalten.

„Ganz in demselben Geiste, wie ich mich verhalten will, so erkläre ich auch, daß ich im Fall der Notwendigkeit meine ganze Kraft für die Sache einsetzen werde.“ — Und so hat der Schwabener sein Wort gehalten. Er hat sich nicht nur lange daran gehalten, sondern hat es auch mit großer Energie durchgesetzt. Er hat seinen jungen Schützlingen ein Vorbild gegeben, das nicht nur die Jugend, sondern auch die Eltern und die ganze Gemeinde zum Nachahmen anregt. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Interessen der Arbeiter zu verteidigen und die Forderungen der Gerechtigkeit durchzusetzen. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Solidarität zwischen den Arbeitern zu stärken und die Kraft der gemeinsamen Aktion zu vergrößern. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Macht der Arbeiter zu erhöhen und die Stellung der Arbeiter zu verbessern. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Gerechtigkeit zu erringen und die Freiheit zu erringen. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Zukunft zu gestalten und die Zukunft zu gestalten. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Zukunft zu gestalten und die Zukunft zu gestalten.

„Ganz in demselben Geiste, wie ich mich verhalten will, so erkläre ich auch, daß ich im Fall der Notwendigkeit meine ganze Kraft für die Sache einsetzen werde.“ — Und so hat der Schwabener sein Wort gehalten. Er hat sich nicht nur lange daran gehalten, sondern hat es auch mit großer Energie durchgesetzt. Er hat seinen jungen Schützlingen ein Vorbild gegeben, das nicht nur die Jugend, sondern auch die Eltern und die ganze Gemeinde zum Nachahmen anregt. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Interessen der Arbeiter zu verteidigen und die Forderungen der Gerechtigkeit durchzusetzen. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Solidarität zwischen den Arbeitern zu stärken und die Kraft der gemeinsamen Aktion zu vergrößern. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Macht der Arbeiter zu erhöhen und die Stellung der Arbeiter zu verbessern. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Gerechtigkeit zu erringen und die Freiheit zu erringen. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Zukunft zu gestalten und die Zukunft zu gestalten. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Zukunft zu gestalten und die Zukunft zu gestalten.

„Ganz in demselben Geiste, wie ich mich verhalten will, so erkläre ich auch, daß ich im Fall der Notwendigkeit meine ganze Kraft für die Sache einsetzen werde.“ — Und so hat der Schwabener sein Wort gehalten. Er hat sich nicht nur lange daran gehalten, sondern hat es auch mit großer Energie durchgesetzt. Er hat seinen jungen Schützlingen ein Vorbild gegeben, das nicht nur die Jugend, sondern auch die Eltern und die ganze Gemeinde zum Nachahmen anregt. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Interessen der Arbeiter zu verteidigen und die Forderungen der Gerechtigkeit durchzusetzen. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Solidarität zwischen den Arbeitern zu stärken und die Kraft der gemeinsamen Aktion zu vergrößern. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Macht der Arbeiter zu erhöhen und die Stellung der Arbeiter zu verbessern. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Gerechtigkeit zu erringen und die Freiheit zu erringen. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Zukunft zu gestalten und die Zukunft zu gestalten. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Zukunft zu gestalten und die Zukunft zu gestalten.

„Ganz in demselben Geiste, wie ich mich verhalten will, so erkläre ich auch, daß ich im Fall der Notwendigkeit meine ganze Kraft für die Sache einsetzen werde.“ — Und so hat der Schwabener sein Wort gehalten. Er hat sich nicht nur lange daran gehalten, sondern hat es auch mit großer Energie durchgesetzt. Er hat seinen jungen Schützlingen ein Vorbild gegeben, das nicht nur die Jugend, sondern auch die Eltern und die ganze Gemeinde zum Nachahmen anregt. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Interessen der Arbeiter zu verteidigen und die Forderungen der Gerechtigkeit durchzusetzen. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Solidarität zwischen den Arbeitern zu stärken und die Kraft der gemeinsamen Aktion zu vergrößern. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Macht der Arbeiter zu erhöhen und die Stellung der Arbeiter zu verbessern. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Gerechtigkeit zu erringen und die Freiheit zu erringen. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Zukunft zu gestalten und die Zukunft zu gestalten. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Zukunft zu gestalten und die Zukunft zu gestalten.

„Ganz in demselben Geiste, wie ich mich verhalten will, so erkläre ich auch, daß ich im Fall der Notwendigkeit meine ganze Kraft für die Sache einsetzen werde.“ — Und so hat der Schwabener sein Wort gehalten. Er hat sich nicht nur lange daran gehalten, sondern hat es auch mit großer Energie durchgesetzt. Er hat seinen jungen Schützlingen ein Vorbild gegeben, das nicht nur die Jugend, sondern auch die Eltern und die ganze Gemeinde zum Nachahmen anregt. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Interessen der Arbeiter zu verteidigen und die Forderungen der Gerechtigkeit durchzusetzen. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Solidarität zwischen den Arbeitern zu stärken und die Kraft der gemeinsamen Aktion zu vergrößern. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Macht der Arbeiter zu erhöhen und die Stellung der Arbeiter zu verbessern. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Gerechtigkeit zu erringen und die Freiheit zu erringen. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Zukunft zu gestalten und die Zukunft zu gestalten. Er hat gezeigt, daß es möglich ist, die Zukunft zu gestalten und die Zukunft zu gestalten.